

LEIPZIGS NEUE

Engagiert, parteilich, menschlich	
Zum Tod von Lothar Bisky und Erik Neusch	2
Wenn es um die Existenz geht	
Luisa Milazzo und das Projekt »wir gehen mit« (Foto: Fiebelk.)	4/5
Erst wird gekämpft, dann gewählt	
Wahl-Beobachtungen in Leipzig	6/9/24
Betrogen bis zum jüngsten Tag	
DEFA-Klassiker erstmals auf dvd	14
Ein nackter Kaiser als Präsident?	
Ein neues Buch über Joachim Gauck	16



2 Euro/ABO 1,80

LINKE MONATSZEITUNG FÜR POLITIK, KULTUR UND GESCHICHTE

**200
JAHRE
VÖLKER
SCHLACHT**

Völkerschlacht. vom 16.–18. Oktober 1813: Entscheidungsschlacht der Befreiungskriege. Es nahmen bis zu 600.000 Soldaten aus über einem Dutzend Völkern teil. Es wurden dabei ca. 120.000 Menschen getötet.

DENKMAL 100 JAHRE

Völkerschlachtdenkmal. Erbaut nach Plänen von Bruno Schmitz, plastische Arbeiten von Christian Behrens und Franz Metzner. Grundsteinlegung: 18. Oktober 1898; Einweihung: 18. Oktober 1913; Bauzeit: 15 Jahre; 500 Stufen; Höhe: 91 Meter; Gewicht: 300.00 Tonnen; Michael = Schutzpatron der Soldaten.

Grafik: Visulabor Grit Fiedler

Seite 12-13: Als der Alltag vor 200 Jahren katastrophal wurde ...

Nach einem tragischen Unglücksfall verstarb Lothar Bisky im Leipziger Universitätsklinikum. Leipzig, eine Stadt, in der er zunächst studierte, lebte, liebte und anfänglich als junger Medien- und Kommunikationswissenschaftler, u.a. am Jugendforschungsinstitut der DDR, wirkte.

Dass er in die Politik ging, begriff ich, dass er dort blieb, nicht. Mit dem Herbst 1989 brach in der Politik eine Zeit der Charaktere, aber auch der Abenteurer und der Gelegenheitslüstlinge an. Lothar war ein Charakter – und ich fand es zunächst sehr gut, dass Leute wie er politischen Einfluss gewannen...

Regisseur Andreas Dresen, einstiger Student an der Filmhochschule Babelsberg, über seinen ehemaligen Rektor

Die Frage, ob jemand wie Lothar Bisky auch heute noch eine vergleichbare politische Karriere machen würde, müsste man wahrscheinlich mit Nein beantworten. Aber für die Linke in der neuen vergrößerten Bundesrepublik war er der richtige Mann zur richtigen Zeit. Er wird der Linken fehlen. Und nicht nur der.

Wochenzeitung »der freitag«

Fruchtlose Debatten verließ Bisky zuweilen fluchtartig: Erstmal durchatmen und sich eine Karo anzünden.

Ein Beobachter

Lothar Bisky,

geboren am
17. August 1941,
gestorben am
13. August 2013

DIE LINKE verliert einen streitbaren und solidarischen Genossen und einen Ratgeber

Katja Kipping,
Gregor Gysi, Bernd Riexinger

Ein menschlich großartiger Kollege

Martin Schulz,
Präsident des Europäischen
Parlaments



Foto: Benjamin Weinkauf

Von 1950 bis 1953 studierte er Gesellschaftswissenschaften, Philosophie und Publizistik an der Universität Leipzig. Erik Neutsch war seit 1960 Mitglied des Schriftstellerverbandes der DDR, von 1963 bis 1965 Vorsitzender des Bezirksverbandes Halle dieser Organisation. Seit 1974 gehörte er als ordentliches Mitglied der Akademie der Künste der DDR an, seit dem Jahr 1990 war er Mitglied des Verbandes deutscher Schriftsteller.

Erik Neutsch war einer der letzten großen Schriftsteller der DDR. Das Leben im Sozialismus, die Probleme und der Wandel in der Gesellschaft waren seine Themen. Seine Bücher: »Spur der Steine« und »Der Friede im Osten« liest man auch künftig.

Zeit online

Der Reporter unter den ostdeutschen Erzählern starb mit 82 Jahren in Halle. Sein Roman »Spur der Steine« wurde in der DDR eine halbe Million Mal verkauft.

Mitteldeutsche Zeitung

»Meine Figuren müssen konkret sein, realitätsbezogen, und dazu gehört nun mal ihr gesamtes soziales Umfeld, das durch kaum ein anderes so geprägt wird wie durch die Arbeit«, sagte Erik Neutsch in seinem Gesprächsbuch »Spur des Lebens«. »Nur so, durch sein Tätigwerden bis ins Detail, wird ein Zimmermann zum Zimmermann, eine Architektin zur Architektin oder gar ... ein Hirt zum Hirten.«

Neutsch stellte das Buch bei »Leipzigs Neue« vor.

Erik Neutsch,

geboren am
21. Juni 1931,
gestorben am
20. August 2013

Die vier Teile seines Romans »Der Friede im Osten« betrachtete er als sein Hauptwerk. Bis zu seinem Tode hat er am fünften Band gearbeitet.

Sein Werk wird nicht in Vergessenheit geraten

Wulf Gallert,
Sachsen-Anhalts Chef
der Linksfraktion im Landtag



Foto: Gerd Eiltzer

Zur Verschandelung von Straßen und Plätzen in den Zeiten der Cholera mit kreisbunten Plakaten schief grinsender Schmierlappen und -lappinnen habe ich aus gegebenem Anlass an dieser Stelle schon mehrfach Stellung bezogen. Ich hatte den festen Vorsatz, mir in diesem Jahr diesbezügliche Bemerkungen zu verkneifen, es sieht ja jeder, der seine Wohnung verlassen muss, das Elend an den Bäumen und Laternenpfählen hängen. Doch so ganz komme ich dennoch nicht drum herum. Es ist weniger die gähnende Sinnesleere der etablierten Pappen, noch sind es die pickelfrei retuschierten Konterfeis, die so anheimelnd bieder und spießig an vergangene Tage erinnern. Die Partei DIE PARTEI des Satirikers Martin Sonneborn hat es mit dem Wahlkampflogan: »Inhalte überwinden – Das Bier entscheidet!« trefflich auf den Punkt gebracht.

Nein, es sind vielmehr die Hetzparolen der Nazi-verbrecher, die unter dem ach so demokratischen Mäntelchen dieser, unserer Republik ihr Gift verspritzen dürfen, die mich, ich gestehe es, auf die Palme bringen. In Zeiten der NSU wiegeln die Helfershelfer und ideologischen Wegbereiter dieser faschistischen Mordbuben mit übelster Propaganda ihre eher etwas einfach gestrickte Klientel gegen Menschen auf, die bei uns Schutz suchen vor den Verfolgungen in ihren Heimatländern. (Es sei daran erinnert, dass es erst vor zwei Generationen deutsche Flüchtlinge waren, die in anderen Ländern um lebensrettendes Asyl nachsuchten.) Mit dreisten Lügen und bewußten Falschinformationen wird die Bevölkerung hysterisiert, wie es unlängst bei einem Asylbewerberheim in Berlin-Hellersdorf geschehen ist und nach wie vor geschieht. Unter den Augen der Staatsmacht, wohlgemerkt. Ungestraft darf einer dieser Hetzer im Fernsehen von einem »neuen Rostock-Lichtenhagen« schwafeln und die Umstehenden nicken stramm mit dem kurzgeschorenen Ballon, der zwischen ihren Schultern sitzt.

Die verantwortliche Politik indes ist ratlos so wie



Notizen aus der Hauptstadt der BRD von Gerhard Schumacher

Panische Zeiten

sie immer ratlos war, bedauert, verurteilt und wendet sich dann wieder dem täglichen Geschäft zu. Und das heißt in Tagen und Wochen wie diesen, möglichst auffallend von den Plakatwänden auf den Auswurf unserer vierbeinigen Freunde zu grinsen.

Zum wiederholten Mal soll hier ganz deutlich klargestellt sein: Neonazismus und Rechtsradikalismus sind keine Meinungen, die durch das Grundgesetz gedeckt werden, sondern Verbrechen. Diejenigen, die diese vertreten oder gutheißen, gehören vor Gericht gestellt und mit aller Härte des Gesetzes bestraft, ihre Organisationen verboten.

Die brutale Ironie des Schicksals will es, dass Kriegsgerät und Waffen, mit denen Menschen unterdrückt werden und deswegen flüchten müssen, zu nicht unbedeutenden Teilen aus bundesdeutscher Produktion stammen und an jeden verschertelt werden, der sie bezahlen kann. Eingefädelt von Mutter Beimer im Kanzleramt wie von ihren willfähigen Lakaien in den einzelnen Ministerien zum Wohle der diversen Waffenschmieden dieser Republik. Ehrlichkeit, sittliches Empfinden, Anstand? Was ist das denn?

Da quetschen wir uns doch, siehe Syrien, lieber einige Krokodilstränen aus den Drüsen und lassen den begabtesten Krakeeler des Kabinetts, Guido W., ein paar staatstragende moralische Grundsätze in die Kameras säuseln, daran glauben wird eh kei-

ner. Deutschland ist fein raus, die Freunde werden es schon richten und nach getaner Dreckarbeit tut es sich dann auf: Ein weites Feld. (Nein, das hat der Fontane nicht verdient.)

Apropos Freunde. Die USA, gemeinhin als oberste moralische Instanz in der westlichen Welt anerkannt, in der anderen Hälfte eben deswegen gefürchtet, haben durch ihren derzeitigen Paten im Weißen Haus die rote Linie im Syrienkonflikt für überschritten erklärt. Grund: Giftgas, das hunderte Menschen grausam tötete. Richtig so, Giftgas ist eine der bislang perfidesten Waffen, die sich Menschen ausgedacht haben. Ähnlich niederträchtig und schändlich wie z.B. Napalm, wovon die US Amerikaner in Vietnam satte 400 000 Tonnen über das Land verteilten. Von Agent Orange ganz zu schweigen.

Tja, so kann es gehen mit den moralischen Maßstäben. Auch eine Münze hat immer zwei Seiten: Avers und Revers.

Deshalb (Achtung: Indoktrination!) kann trotz aller möglichen Bauchschmerzen die Entscheidung an der Wahlurne nur zu Gunsten einer Partei ausfallen, die konsequent und ohne jede Einschränkung gegen den Krieg, wo auch immer, eintritt. Da fallen dann die Sozen und die Grünen schon mal raus.

Wie lässt ein gewisser Kandidat Peer plakativ? »Sie haben es in der Hand.«

Wo er recht hat, hat er recht.

Alljährlich im Spätsommer findet zu unseren Häupten ein eindruckvolles Schauspiel statt: Beginnend im August, sammeln sich die Zugvögel für ihren obligaten Fluggen Süden und okkupieren Stromleitungen, Laternenmasten und andere Sitzmöglichkeiten.

Mit Geflatter und Geschnatter rüsten sie sich für die große Reise in gedeihlichere Gefilde, allwo es an Fröschen, Mücken und sonstigem Wildbret nicht mangelt, milde Sonnenstrahlen die Knochen wärmen und laue Lüfte die Federn fächeln.

So halten es Storch, Kranich und Wildgans, Schwalbe, Kuckuck und Zilpzalp, Pirol, Heidelerche und Nachtigall, Amsel, Drossel, Fink und Star und die ganze Vogelschar seit undenklichen Zeiten, und so werden sie es immerdar halten, folgen sie doch einem geheimnisvollen Ruf der Natur. Und wenn sie in Ruhe überwintert haben, fliegen sie zurück in ihre Heimat und erfreuen unser Herz mit Singen und Jubilieren, Pfeifen, Zwitschern und Tirillieren.

Alle vier Jahre im Spätsommer, just in der Zeit des gewöhnlichen, ereignet sich der politische Vogelzug: Beginnend im August, fallen die obersten

Alle Vögel sind noch da

Von Reinhard Lochner

Piepmätze des Landes in ungeheuren Schwärmen über das Land her und besetzen die Laternenmasten, dass für die normalen Vögel kein Platz frei bleibt. Mit Geflatter und Geschnatter rüsten sie sich für den Wettbewerb um ein Pöstchen in den elysischen Gefilden, allwo es an Diäten, Aufwandsentschädigungen und Vergünstigungen sonstiger Art nicht mangelt, mediale Blitzlichtgewitter dem Selbstwertgefühl schmeicheln und öffentliche Huldigungen die Seele erfreuen.

Aber an dieser Stelle wollen wir einen knappen ornithologischen Exkurs einschalten und die prominentesten Vertreter der politischen Vogelschar vorstellen.

Sie prunkt nicht mit schillerndem Gefieder, sie ragt weder durch Wohlklang der Kehle, geistige Regsamkeit, bemerkenswerte Taten noch überhaupt durch besondere Merkmale aus dem fliegenden Volk heraus: die ausdauernde Hohltaube. Sie lebt und webt unauffällig im Altholz, dessen abgestorbene

Vergangenheit ihr Gegenwart und Zukunft bedeutet. Wenn sie, auf morschem Aste sitzend, den schwarzumrandeten Flügel rhythmisch auf und nieder sinken und den bedeutungsschwangeren Ruf »hu ru« erschallen lässt, kann sie des Beifalls ihres treuen Ge- und des Zufalls neuen Erfolges sicher sein.

Der unstete Eitelhäher, ein Singvogel aus der Familie der Rabenvögel, zeichnet sich durch ein in prächtigen Farben changierendes Federkleid, ein vielfältiges Nahrungsspektrum sowie unverwüstlichen Appetit aus. Letzterer treibt ihn an, unermüdlich nach sprudelnden Quellen für seinen Lebensunterhalt zu spähen und ausreichende Vorräte für schlechte Zeiten zu horten. Die Natur hat ihm die Gabe verliehen, die Stimmen anderer Vögel zu imitieren und schrille Alarmrufe auszustoßen. Sofern er sich ausnahmsweise nicht im Alarmzustand befindet, klingt sein

Ruf wie »dchää- dchää«, sein Gesang, in der Fachwelt als leise schwätzend beschrieben, übt auf schlichte Gemüter betörende Wirkung aus.

Neben den genannten Spitzenvögeln verdienen der bajuwarische Querpfeifer und der blaugelbe Schwachvogel Erwähnung, ersterer als der Hohltaube verschwisterte, letzterer als vom Aussterben bedrohte Spezies. Auch der schmalbrüstige Grünpieper, der selbstverliebt plärrend durch die Umwelt schwirrt, und das trotzige Rotkehlchen, welches dieselbe durch schrille Schreie und kämpferische Posen erschreckt, sind regelmäßige Gäste beim großen Vogelsteldichein.

So unterschiedlich Taube, Häher und die ganze Vogelschar in Farbe und Feder, in Geflatter und Geschnatter auch sein mögen, alle folgen sie dem geheimnisvollen Ruf der politischen Natur. Und wenn sie vier lange Jahre in den heimatlichen parlamentarischen Niederungen überwintert haben, werden sie sich wieder zu Ball und Balz einfinden, um unser Herz mit ihrem possierlichen Wesen und zwitschernden Gesang zu erfreuen. Und dafür wollen wir dankbar sein – oder?

Luisa Milazzo über das Projekt »wir gehen mit«



Sie arbeiten für das Projekt »wir gehen mit«. Worum geht es dabei?

Darum, Leute ehrenamtlich auf Termine im Jobcenter zu begleiten, damit es fair zugeht, nicht zu Aggression und Gewalt kommt und die Rechte geachtet werden. Der Beistand greift nicht ein, oder nur nach Absprache und unterlässt alles, was der begleiteten Person schaden könnte.

Motiviert hat mich das Attentat in Neuss, als es wirklich zu Gewalt kam. Ich habe mich identifiziert mit der Sachbearbeiterin, die so alt wie ich war und auch einen Sohn hatte. Ich dachte mir: Irgendwas musst du tun.

Ich sehe das bei Mandanten, die aufgebracht sind, oder in Behörden: Beide Seiten haben Angst voreinander. Wenn jemand dabei ist, der nicht dazu gehört, sind alle freundlicher, trauen sich nicht, aggressiv zu sein.

»Beide Seiten haben Angst voreinander.«

Das überrascht mich. Ich dachte, es geht um Unterstützung von Menschen, die Einschüchterungen im Jobcenter erfahren. Ihr Motiv ist eine andere Perspektive?

Ich habe viel erlebt. Wenn ich als Anwältin ins Jobcenter gehe, kommen Mitarbeiter zu mir und klagen: »Wissen Sie, was wir hier machen müssen, was hier los ist?« Das sind oft Sozialpädagogen. Die haben eigentlich nicht vor, Leute fertig zu machen, und lernen das auch nicht in der Ausbildung.

Man merkt, dass sie nicht glücklich sind mit dem, was sie machen sollen. Jederzeit kann der Teamleiter kommen, und sie müssen hart sein. Das ist Druck, den spürt, wenn man die Leute trifft.

Ich finde es furchtbar, wenn man sagt: Das sind alles böse Menschen. Es gibt viel Hetze gegen Sachbearbeiter. Aber an den Menschen liegt es nicht. Die meisten sind nicht die Bösen.

Woran liegt es nach Ihrer Meinung?

An den Gesetzen, die nicht funktionieren können, dass schon das Komplizierte alle fertig macht. Wenn man ein SGB II macht, muss man es logisch aufbauen und so, dass die Gesetze nicht rechtswidrig sind.

Es gibt darin ein Gesetz, dass Ausländer kein ALG II bekommen, wenn sie nur auf Arbeitssuche sind. Das ist EU-rechtswidrig.

Wie sollen Sachbearbeiter damit umgehen? Dort arbeiten Leute, die nicht die Rechte kennen, vielleicht noch das SGB II, aber nicht das System, worin es eingebettet ist.

Darüber steht das GG und darüber das Eu-Recht, worin Grund- und Menschenrechte stehen, die gültiger sind. Da muss man beim Gesetzgeber ansetzen.

Ich frage mich auch, wer die Sprache von diesen Schreiben macht. Die ist dermaßen angreifend, angsteinflößend und unverständlich. Eigentlich müsste man dahinschreiben: »Hiermit bewerbe ich mich initiativ. Ich möchte ihre Textbausteine überarbeiten, sie juristisch korrekt machen, in deutsche Sprache übersetzen und außerdem freundlich.« Das würde schon einiges bessern, eine Ebene, auf der die Leute ihre Rechte verstehen.

Wer sucht bei dem Projekt Hilfe?

Oft Leute, die man darauf hinweist oder die in einem Internetforum sind, sich um ihre Rechte kümmern und vermitteln. Da gibt es Menschen, die so informiert sind, dass sie Fachanwälte beraten könnten. Und trotzdem brauchen sie psychische Unterstützung.

So bekannt ist es nicht, wie es sein sollte. Eigentlich müssten die, die niemanden kennen und nicht informiert sind, Begleitung erhalten.

»Die Grund- und Menschenrechte sind gültiger.«

Sogar Leute, die informiert sind, brauchen psychische Unterstützung?

Ich habe selber ALG II bezogen. Das stimmt: Man kann Anwalt sein und ist dem Druck trotzdem ausgesetzt.

Ein wichtiger Punkt ist z. B. die Eingliederungsvereinbarung, ein Vertrag zwischen Jobcenter und Arbeitslosen, der im Förderzeitraum geschlossen wird. Da wird gesagt: »Sie müssen das unterschreiben, da stehen Ihre Rechte und Pflichten drin.« Da stehen in der Regel nur Pflichten drin, Textbausteine, die mit den Menschen nichts zu tun haben. Hinten ist immer ein langer Schwanz mit Kleingedrucktem, was kaum einer liest. Das sind teilweise richtig böse Sachen.

»Man kann Anwalt sein und ist dem Druck trotzdem ausgesetzt.«

Rechtlich, muss man das nicht unterschreiben. Die sagen: »Sonst bekommen Sie einen

Verwaltungsakt.« Das heißt nur: Wenn man sich freiwillig nicht verpflichtet, wird man verpflichtet. Aber: Dann kann man dagegen Widerspruch und Rechtsmittel einlegen. Wenn man sich freiwillig verpflichtet, kann man gar nichts.

»Wir gehen mit«

www.wirgehenmit.org
mitlaeufer@wirgehenmit.org
Tel.: 02065-7923199
oder 06131 - 3271815

Die Mitläufer arbeiten nach einem Kodex, der auf der Homepage nachgelesen werden kann.

»Mutig müssen die sein, um deren Existenz es geht.«

Aber selbst wenn Leuten das klar ist, wenn sie allein sind, wird Druck gemacht, dass sie nicht mehr danach handeln, was sie eigentlich wissen.

Also besser nicht unterschreiben?

Wenn es nach eigenen Wünschen geht, man z. B. eine Weiterbildung bekommt, die man haben will, kann man unterschreiben. Aber es muss einen guten Grund geben. Die rechtliche Position ist immer besser bei einem Verwaltungsakt.

Man kann sagen: »Ich möchte sie mitnehmen und anwaltlich prüfen lassen.« Man kann sie einstecken und mitnehmen – dann sind sie manchmal baff und warten ab – und einen Gegenvorschlag schicken. Dann kommt manchmal ein halbes Jahr nichts mehr.

Ich habe noch nicht gesehen, dass sich der Verwaltungsakt unterscheidet und der Sachbearbeiter sich die Arbeit macht, andere Regeln festzulegen. Das müsste persönliche Wut sein.

Als Begleitung dürfen Sie nicht rechtsberatend wirken?

Die Anwaltsrolle und die Rolle als Beistand schließen einander aus. Anwaltstätigkeit – auch die Rechtsberatung – ist immer kostenpflichtig. Wenn ich als Anwältin mandatiert bin, kann ich umgekehrt nicht als Beistand auftreten. In diesen Fällen verweise ich auf andere ehrenamtliche Mitläufer.

Und die Mitarbeiter im Amt?

Hm. Da ist erst die Frage: Was ist

jetzt los? Schlimmer ist es, wenn ich als Anwältin komme. Ob sie Angst vor mir haben, weiß ich nicht.

In Offenbach wurden zwei Begleitpersonen Hausverbote erteilt.

Es gibt das Recht auf einen Beistand. Das ist durchsetzbar. Wenn der aggressiv auftritt, darf er des Hauses verwiesen werden.

Es ist so, dass Mitarbeiter sich schnell angegriffen fühlen, wenn sie das oft erleben.

Sie erfahren die Gefühle, die ausbrechen, wenn es ums Eingemachte geht. Und das ist nicht schön. Natürlich werden sie angeschrien und angespuckt.

Ich würde in der Situation gehen, wenn man den Termin wahrgenommen hat. Es bringt nichts, sich dagegen zu stemmen, bis die Polizei gerufen wird.

Man kann viel schriftlich machen. Wenn der Beistand dabei ist, kann auch nicht sanktioniert werden, weil der Termin nicht wahrgenommen worden sei.

Woher nehmen Sie den Mut Konfrontationen in ihrer Arbeit einzugehen?

Wieso Mut? Egal ob ich als Beistand oder Anwältin auftrete: Es geht ja nicht um mich selbst. Mutig müssen die Menschen sein, um deren Existenz es im Jobcenter geht.

So helfen Sie sich, wenn das Gericht sie wegschickt!

In unserem Rechtsstaat haben alle Menschen das Recht auf anwaltliche Hilfe, auch die sich diese finanziell nicht leisten können. Dafür gibt es die Institute der Beratungshilfe für den außergerichtlichen Bereich und der Prozesskostenhilfe und Verfahrenskostenhilfe für den gerichtlichen Bereich. Das klingt gut, ist aber in der Praxis inzwischen nicht einfach. Regelmäßig wenden sich Leute an mich, die vom Gericht mit Ihrem Antrag auf einen Berechtigungsschein für die Beratungshilfe abgewiesen wurden. Dagegen hilft nur konsequentes Einfordern der eigenen Rechte. [...] Über einen Antrag auf Beratungshilfe entscheiden die Rechtspfleger am Amtsgericht. Rechtsuchende stellen Ihre Anträge bei den Rechtsantragsstellen der Amtsgerichte. Doch oftmals werden sie gar nicht bis zu den Rechtspflegern durchgelassen, sondern vorab abgewimmelt [...]. Lassen Sie sich nicht abwimmeln. Sie haben das Recht, zur Rechtspflegerin durchgelassen zu werden und Ihren Antrag dort zu stellen. Nehmen Sie eine Person ihres Vertrauens mit, die sie hierbei unterstützt. [...] Bei Streitigkeiten mit Behörden, für die Leute anwaltliche Hilfe brauchen, heißt es bei Gericht meist, sie sollen sich an die Behörde wenden, gegen deren Fehlverhalten sie sich anwaltlich wehren wollen. Diese Auskunft erhalten viele, obwohl das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, dass es so nicht geht: Es ist niemandem zuzumuten, sich zur Beratung über die eigenen Rechte an die Behörde zu wenden, die einen durch falsche Entscheidungen belastet. (BVerfG, 1 BvR 40/09 vom 14.9.2009) Weisen Sie das Gericht auf diese Entscheidung hin, notieren Sie sich Aktenzeichen und Datum, und zeigen Sie damit, dass Sie Ihre Rechte kennen. [...] Es ist richtig, dass Menschen, die genug Geld haben, ihre Anwältin zu bezahlen, oft wegen kleinen Beträgen keinen Streit anfangen würden. Für diese Menschen machen die Summen oft nur einen Bruchteil des Monatseinkommens aus und es ist für sie nicht schlimm, hierauf zu verzichten. Doch ist diese Lage nicht vergleichbar mit der Situation von Leuten, die am Existenzminimum leben und daher auf jeden Cent angewiesen sind. Stellen Sie ruhig der Rechtspflegerin die Frage, was sie tun würde, wenn ihre Existenz gefährdet wäre, ob sie es dann immer noch nicht in Erwägung ziehen würde, sich eine Anwältin zur Durchsetzung der eigenen Rechte zu nehmen. Und was tun Sie, wenn alles Argumentieren nichts hilft? Bestehen Sie auf eine schriftliche Ablehnung und lassen Sie sich nicht mündlich abwimmeln! Sagen Sie, dass Sie hiergegen das Rechtsmittel der Erinnerung einlegen möchten und lassen Sie das zu Protokoll nehmen. Es wird dann eine Richterin über Ihre Angelegenheit entscheiden. Und hilft auch das nicht [...] wenden Sie sich an mich. Sollte Ihnen zu Unrecht die Beratungshilfe verwehrt worden sein, könnte der Weg zum Bundesverfassungsgericht in Frage kommen. Hierfür kann ich dann für Sie die Prozesskostenhilfe beantragen. Gegebenenfalls können wir dann auch gemeinsam überlegen, die Sache öffentlich zu machen, um damit anderen Betroffenen zu helfen.

Luisa Milazzo, Rechtsanwältin
(Der Text wurde von LN redaktionell überarbeitet.)

Vollständiger Artikel unter: www.luisa-milazzo.de



Interview: Roman Stelzig
Fotos: Ralf Fiebelkorn

Peer in der Petersstraße

Ich hätte ihn berühren können ...
wollte aber nicht!
Ich hätte ein Autogramm haben können ...
wollte aber nicht!
Ich hätte einen Schnappschuss machen können ...
wollte aber nicht!

Viele zückten ihre Handys, denn Peer Steinbrück tauchte an einem Augustmittag in der Leipziger Petersstraße auf. Reporter rangelten mit ihren Puschelmikrofonen, denn irgendeinen Halbsatz mussten sie ja in die Redaktion mitbringen. Ich hatte zum Glück keinen Auftrag.

Natürlich alles unter offizieller und verdeckter Polizeibeobachtung. Er ist ja Kanzlerkandidat, da steht ihm das zu. Nicht, dass irgendeiner urplötzlich Eier wirft und dann nicht gefasst wird.

Mein Eindruck: Peer wirkte in der Fußgängerzone irgendwie unscheinbar, irgendwie klein, irgendwie unsicher.

Macht ihn das menschlich?

Fragt
Euer
L
Lipsius



Nichts fährt mehr... (I)

Im Lindenauer-Busbahnhof streikten Leobus-Mitarbeiter, da erneut Lohnverhandlungen scheiterten. Der Arbeitskampf in dieser stadtteiligen Firma wird härter. Es trübe dann auch die Leipziger: Bei einem Streik würden auf den Strecken mehr als 50 Prozent aller Stadtbusse ausfallen.

Aber auch das ist wichtig: Wie zu erfahren war, gehen Leobus-Fahrer mit 1100 Euro netto nach Hause – trotz vieler Überstunden und Nachschichten.

»Die Mitarbeiter stehen mit dem Rücken an der Wand«, äußerte sich Gerd Doepelheuer von der Gewerkschaft Verdi die Situation und ergänzt: »Nur wegen ihrer Kinder würden einige als Hartz-IV-Bezieher mehr Geld bekommen als bei Leobus.«

Im kommenden Monat Oktober endet eine Lohnvereinbarung bei der LVB-Tochter der Leipziger Stadtverkehrsbetriebe. Dort erhalten die Straßenbahner genauso niedrigen Lohn wie die Leo-Mitarbeiter. Dann sei es durchaus denkbar, die messenstädtischen Busse und Straßenbahnen gleichzeitig lahmzulegen, war zu vernennen. Die Arbeitgeberseite spricht in diesem Zusammenhang von Erpressung.

Die Vereinbarung, mit der die Gewerkschaften grünes Licht für den Umbau der stadtteiligen LVV-Holding geben, ist längst unterschäftsreif. Sie soll den Weg freimachen, dass die LVV ohne betriebsbedingte Kündigungen zehn Millionen Euro nachhaltig einsparen können. Nichts ist derzeit entschieden. (LN)

Nichts fährt mehr... (II)

Autofahrer zwischen Markkleeberg und Großschocher trauten ihren Augen und ihrem Navi nicht: Die immens befahrene Brückenstraße ist schon wieder dicht. Rage ist da noch verharmlosend, ein regelrechter Proteststurm brach los.

Denn obwohl die wichtige Verbindung von Ost nach West erst vor wenigen Wochen wegen Brückenbauarbeiten monatelang dicht war, wird sie jetzt erneut für Wochen mit Sperrschildern bestückt.

Der Grund: Jetzt werden die Fahrbahnen vor der neuen Brücke saniert. »Konnten diese Arbeiten nicht durchgeführt werden, als die Straße ohnehin gesperrt war?« fragen sich Hunderte, nicht nur in den Leipziger Tageszeitungen.

Das Tiefbauamt erklärte: »Das Problem ist, dass für den Brückenbau und die Fahrbahninstandsetzung zwei unterschiedliche Bauherren zuständig sind. Den Planern wurde Ende 2011 vom Land mitgeteilt, dass 2012 die Brücke gebaut wird. Das Amt habe damals versucht, die Fahrbahnarbeiten vorzuziehen und entsprechende Planungen dazu veranlasst. Die Untersuchungen ergaben dann deutlich größere Schäden als erwartet. Deshalb hat die präzise Straßenzustandsanalyse erst im März 2012 vorgelegen und ist mit 406 000 Euro deutlich höher als erwartet.«

Alles hängt wie üblich mit allem zusammen. Nur nachvollziehen und verstehen kann das kaum noch jemand. Mainz lässt demnach auch in Leipzig grüßen? (LN)

Nichts fährt mehr... (III)

23 Bahnhöfe zwischen Erfurt und Hoyerswerda kommen dieser Tage unter den Versteigerungshammer. Dabei sind auch Areale in der Leipziger Region. Markkleeberg-West und Liebertwolkwitz gehören dazu.

Der Bahnhof in Markkleeberg-West bräuchte schon einen Käufer mit viel Phantasie. Welches Baujahr das Gebäude hat, weiß keiner so recht. Es regnet rein, es bröckelt der Putz von den Wänden. Das Grundstück ist 580 Quadratmetern groß und ungepflegt. Längst sind die Zeiten vorbei, dass dort auch für den alten Leipziger S-Bahn-Ring gehalten wurde. Und heute rattern Güterzüge ohne Halt, da es die alten Betriebe nicht mehr gibt, bei Umleitungen. Trotzdem liegt das Mindestgebot für diese Immobilie nach Informationen bei 32 000 Euro.

Auch der Bahnhof in Liebertwolkwitz, er ist denkmalgeschützt, wird versteigert. Dieser vor ca. 125 Jahren entstandene Bau kann mit Güterschuppen und 1700 Quadratmeter großem Grundstück für bisher 59 000 Euro ersteigert werden.

Weil die Zeit der Kartenschalter längst vorbei ist, sind die oft denkmalgeschützten Immobilien ohne Sinn und Zweck. Eine neue Nutzung ist schwierig. In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die Bahn auf dem Bundesgebiet von über 1600 Empfangshallen getrennt. Hunderte sollen noch folgen. Manches dieser Gebäude landete bei einem Nutzer oder Investor, der sich übernahm, den Schaden haben dann der Ort oder die Stadt und wir. (LN)

* /Notizen aus dem Stadtrat

Die erste Ratsversammlung nach der Sommerpause findet am 18. September, ab 14 Uhr, statt. Zuschauer auf der Tribüne des Plenarsaales sind wie immer gern gesehen.

LEIPZIGS NEUE

Ein Hinweis an unsere Abonnenten:
Die **Oktoberausgabe** ist aus redaktionellen Gründen **erst ab 12. Oktober** in Ihrem Briefkasten.

Leipziger Arbeitsmarkt im August

Die Schlagzeilen: Arbeitslosigkeit und Stellenmeldungen gestiegen – Öffnungszeit wird verlängert – geringes Medieninteresse hat Konsequenzen

Die Zahl der Arbeitslosen war zum Stichtag um 774 höher, als im Juli aber 1380 niedriger als im Vorjahr. Aktuelle Quote 10,8 Prozent. Damit ist Leipzig schlechter als Dresden und Chemnitz – Ursache ist der Anstieg bei den Jüngeren, die nach der Ausbildung keine Stelle finden –

trotz Fachkräftemangel! Die Arbeitslosenzahl beträgt 29 583 und ist die niedrigste seit über 20 Jahren. Der Arbeitsmarkt war von Dynamik geprägt. 7705 Personen mussten sich neu anmelden 6994 konnten sich wieder abmelden. Es ist erkennbar, dass diese Zahl zehnmal so hoch ist wie die obige Stichtagsveränderung. Wirtschaft und Verwaltung meldeten 1930 freie Stellen – 593 mehr als im Juli. Die Lage am Ausbildungsmarkt ist weiter relativ entspannt. Es meldeten sich 2614 Bewerber für 2161 Stellen – 5,8 Prozent weniger Bewerber und 12,7 Prozent weniger Stellen. Die Arbeitsagentur

organisiert ein Ausbildungsprogramm für die »Spätstarter«. Von 8426 Arbeitslosen zwischen 25 und 35 Jahren haben 3040 keine abgeschlossene Berufsausbildung! 94 Prozent haben keinen Job! Agenturchefin Griese rechnet mit weniger Arbeitslosen im September. Die Öffnungszeiten der Agentur werden ab 1. September am Donnerstag bis 16.30 Uhr verlängert.

*

Im Jobcenter waren 23 014 Betroffene nach SGB II arbeitslos gemeldet, 591 mehr als im Juli. Jedoch 1433 weniger, als 2012. Außerdem betreute das Jobcenter 43 658 Be-

darfsgemeinschaften und 54 599 erwerbsfähige Leistungsberechtigte. Sozialgeld erhielten 18140. Diese Zahl ist seit 2012 nahezu gleich.

Das Medieninteresse ist in letzter Zeit für diesen Pressetermin ständig gesunken. Diesmal war nur der ständige Vertreter von »Leipzigs Neue« anwesend. Das heißt, die komplette Leitungsebene war nur für mich da. Ich bekam ein Geschenk.

Und abschließend zogen die Chefs die Reißleine und legten den Abstand zwischen den Presseterminen nun mit drei Monaten fest. Traurig oder nicht? Das ist hier die Frage.

• J. Spitzner

»Ja« zum »Nein« im Neuen Rathaus



Rund 25 000 Unterschriften gegen Privatisierungen von kommunalen Eigentum wurden am 22. August im Neuen Rathaus dem Ersten Bürgermeister Müller (Bildmitte) übergeben. Jetzt folgt die Prüfung des Bürgerbegehrens. Vielleicht gibt es ein Ergebnis bis zur Ratsversammlung im September. Es können weiterhin Listen gezeichnet werden.

Foto: Janke

»Nein« zum »Ja« am US-Konsulat



»Hände weg von Syrien« riefen am 29. August hunderte Protestierende vor dem US-Konsulat. Die Leipziger LINKE hatte das »Nein« zum »Ja« Obamas initiiert. Es scheint dringend nötig, denn schon einen Tag später meldeten die Agenturen: Die Geheimdienst-Informationen, die den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad oder dessen inneren Zirkel mit dem jüngsten mutmaßlichen Giftgasangriff in Verbindung bringen, sind offenbar keine hundertprozentig sichere Erkenntnis.

Foto: Eiltzer

»Ja« zum »Ja« an der Nikolaikirche



Mit dem »Leipziger Friedenspreis« und der »Lysistrata« wurde am 1. September die linke Politikerin Juliane Nagel ausgezeichnet. Ihr langjähriges, intensives Engagement gegen neonazistische Strukturen und ihr unermüdliches Wirken gegen menschenverachtende Ideologien wurden mit diesen Auszeichnungen bestärkt.

Foto: Eiltzer

§/ Morddrohung

Der Straftatbestand der Bedrohung wird dem 31-jährigen Christian S. vor dem Amtsgericht angelastet. In der Nacht zum 4. April 2013 soll er in der gemeinsamen Wohnung seine Ex-Freundin Manuela P. bei einem mehrstündigem Streit körperlich misshandelt und mit dem Tod bedroht haben, der dann wie ein Selbstmord aussehen sollte.

Das Paar, das mehrere Jahre zusammen lebte, hatte die Partnerschaft bereits im September des Vorjahres beendet, und Manuela war völlig entnervt dabei, am nächsten Morgen endgültig auszugehen.

Christian wollte die Löschung von seinen Daten, darunter Fotos von ihm, auf elektronischen Speichergeräten, darunter einem Handy erzwingen. Angeblich hätte Manuela Fotos ohne sein Wissen auf Facebook veröffentlicht, was diese aber vehement bestritt.

Nach einem ersten Polizeieinsatz löschte Manuela die Daten dann auf dem Computer, doch der Streit eskalierte wegen des Handys weiter, so dass ein zweites Mal die Polizei anrücken musste und den stark alkoholisierten Christian der gemeinsamen Wohnung verwies. Vor der Haustür entblödete sich der Angeklagte mit der Bemerkung er werde einem Polizisten »den Hals umdrehen«. Zu seinem Glück nahm das der betreffende Beamte, wie er bei der Zeugenvernehmung bestätigte, in keiner Weise ernst. Christians Blutalkohol betrug etwa 2,7 Promille ...

Das Auftreten vor Gericht des gelernten Vermessungstechnikers, der nach längerer Arbeitslosigkeit seit kurzem einem mies entlohnten Job bei einem Call-Center nachgeht, lässt durchaus auf einen aggressiven und egozentrischen Charakter schließen. Die Aussagen der schüchtern wirkenden Manuela waren hingegen weitaus glaubwürdiger.

Die Staatsanwältin forderte 90 Tagessätze zu je 30 Euro, der Verteidiger verstieg sich auf Freispruch und der Richter entschied letztlich auf 90 Tagessätze zu 25 Euro. Dies sollte dem selbstherrlichen jungen Mann hoffentlich eine Lehre sein.

FRANZ HASE

Politik für die Mehrheit

Über die Lage an den Hochschulen und Chancen sozialistischer Politisierung

Von Simon Zeise

Der neoliberale Kapitalismus führt zur zunehmenden Verarmung der Mehrheit der Lohnabhängigen. Unter dem notorisch vortragenen Dogma des »schlanken Staats« werden Sozialsysteme zerschlagen und zuwenig Geld in Bildungsinstitutionen investiert. Eine Situation, die seit dem Ende der 1970er Jahre fortbesteht. Im Kern sozialistischer Politisierung an den Hochschulen muss der Kampf gegen diese Kürzungspolitik stehen und für bessere Arbeitsbedingungen an den Hochschulen gestritten werden. Aus dieser Verknüpfung können neue Chancen für ein breites Bündnis aus Lohnabhängigen, Schülern und Studierenden entstehen.

Parallelen des Widerstands

Waren Sozialkonflikte bis zu Beginn der 2000er Jahre regional beschränkt, hat sich seither einiges bewegt. Als Reaktion auf den Frontalangriff der Sozialsicherungssysteme durch die Agenda 2010 Gerhard Schröders kam es in vielen Städten Ostdeutschlands zu »Montagsdemonstrationen«, an denen Erwerbsloseninitiativen, aber auch große Teile linker Gewerkschafter teilnahmen. Einer von ihnen ist der derzeitige Vorsitzende der LINKEN, Bernd Riexinger. Die Abkehr der Agenda-Politik und die Ablehnung deutscher Kriege gegen das frühere Jugoslawien und Afghanistan, waren

ausschlaggebend für die Gründung einer neuen linken Partei.

Ähnlich verhält es sich mit Protesten gegen die neoliberale Umgestaltung des Bildungswesens. Nachdem sich mit dem Marxistischen-Studenten-Bund (MSB)-Spartakus der letzte bundesweit organisierte sozialistische Hochschulverband Westdeutschlands Ende der 1980er Jahre auflöste, und die Hochschulen in Ostdeutschland ab 1990 ins kapitalistische Lager eingegliedert wurden, konnten linke Alternativen nur noch vereinzelt aufblühen.

»Lucky-Streik« (1998) und »Summer of resistance« (2005) wurden in regionalen Netzwerken organisiert, konnten jedoch langfristig nicht aufrechterhalten werden. Der »Bildungsstreik« (2009/10) stellte dabei ein neues Moment dar, denn es gelang über Monate hinweg Unis zu besetzen, bundesweite Aktionstage durchzuführen und die Öffentlichkeit für die Bewegung zu gewinnen. Doch es gelang nicht, die politischen Forderungen zu entwerfen, die am status quo gerüttelt hätten. Stattdessen spielten sich die herrschenden Bildungsinstitutionen stets gegenseitig den Ball zu: Das Bildungsministerium verwies darauf, dass Bildung Ländersache sei, die Kultusminister verwiesen auf die Autonomie der Hochschulen und die Hochschulrektorenkonferenz auf fehlende finanzi-

elle Ausstattung, weshalb ihnen die Hände gebunden seien.

Gemeinsame Interessen

Sozialistische Studierende sollten versuchen, an den konkreten sozialen Fragestellungen der Studierenden anzuknüpfen und diese in den Kontext der Umverteilungspolitik von unten nach oben zu setzen. Die Studienbedingungen können nur verbessert werden, wenn dem Bildungssektor mehr Geld zufließt. Überfüllte Hörsäle, zulassungsbeschränkte Seminare und Isolation im Arbeitsprozess sind zunächst Folgen fehlenden Personals. Des Weiteren müssen die Arbeitsbedingungen sozialisiert werden.

Freier Zugang zu Bachelor- und Masterstudienplätzen, weniger Prüfungen und mehr Wahlfreiheit bei größerem Studienangebot sind hier als Forderungen zu nennen – schließlich nehmen psychische Erkrankungen unter Studierenden ungemein zu. Im Übrigen auch unter den meisten Teilen der Lohnabhängigen, die mit der stetigen Verlängerung des Renteneintrittsalters und stagnierenden Nominallöhnen vor dem »Burnout« stehen. Von hohen Mietpreisen und fehlendem Wohnraum sind Studierende und Arbeiter ebenfalls betroffen. Lohnarbeiter werden aus ihren Stadtteilen verdrängt; »Gentrifizierung« macht sich breit. Studierende schlafen in vielen Städten

zu Studienbeginn in Büros der Studierendenvertretung, Turnhallen oder ihren Autos.

Diese Momente gilt es zusammenzuführen. Die sozialen Konflikte unserer Zeit, die große Wirtschaftskrise, in den Fokus der politischen Arbeit zu rücken: herausstellen, dass Studierende mit den gleichen Problemen der Masse der Lohnabhängigen konfrontiert sind und diese konkret einfordern. Deshalb ist es Teil einer hochschulpolitischen Strategie an gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzungen wie den »Blockupy«-Protesten aktiv teilzunehmen, denn hier demonstrieren breite Bevölkerungsschichten gegen die Herrschaft des Finanzkapitals, das über das Geld verfügt, welches dem Bildungssektor und Sozialstandards massiv fehlt. Hier können die Interessen der studentischen Mehrheit exzellent vertreten werden.

Der Autor ist Bundesgeschäftsführer DIE LINKE.Sozialistisch-Demokratischer-Studierendenverband.

Der Text ist eine gekürzte und leicht geänderte Fassung des Beitrags »Politik für die Mehrheit. Über die soziale Lage von Studierenden, Bündnis mit der Arbeiterklasse und politische Strategie eines sozialistischen Studierendenverbandes«, der in der Dreimonatszeitschrift »Z-Zeitschrift für marxistische Erneuerung« Nr. 94 erschienen ist.

Staunen, Fragen, Nachdenken

... beim »Tag der Industriekultur« in Leipzig

(LN). An diesem letzten Augusttag waren mit fachkundiger Führung auch einmalige Blicke in die historische Sammlung von Automatisierungsgeräten an der HTWK Leipzig möglich. Diese Technik war der Wegbegleiter für gewaltige Produktivitätssteigerungen im 19. und 20. Jahrhundert und ist aus heutiger Betrachtung bereits Kulturgut. Vieles konnten die, die wollten, selbst ausprobieren.

Ähnliches, im Sinne der Überschrift, geschah an vielen Standorten der Stadt. Mal komplizierter, mal einfacher, mal künstlerischer.

»Der historische Reichtum Leipzigs und sein Ruf als Kultur-, Medien- und Musikstadt beruht auf der großzügigen Kulturförderung seines prosperierenden Bürgertums. Und

das Geld hierfür wurde stets durch Handel sowie durch Produktion mit modernster Technik verdient«, erklärt Prof. Markus Krabbes, Prorektor Forschung der HTWK Leipzig. »Wir von der HTWK Leipzig unterstützen den Tag der Industriekultur, weil auch wir den historischen wie künftigen Stellenwert der Technik für die Ausstrahlung Leipzigs unterstreichen wollen. Auch die heutigen Leipziger Unternehmen sollten mit noch mehr Selbstbewusstsein ihre Bedeutung für das Wohlergehen der Stadt Leipzig erkennen und zeigen. Moderne Technik und Erfindungsreichtum sind auch künftig die Grundlage unseres Wohlstands und unverzichtbar für eine weitere positive Entwicklung unserer Stadt.«



Foto: Stephan Thomas

Big Data von ca. 1970: Im Vordergrund das Entwicklungsmuster einer Festplatte von Siemens. Dieses und andere Exponate waren am »Tag der Industriekultur« im Automatenmuseum der HTWK Leipzig zu besichtigen.



Fotos: Eiltzer

»Hallo Leipzig! Hallo Sachsen!« Das klang ein wenig nach ZDF-Fernsehgarten, aber die Grüßerin hieß in diesem Fall nicht Andrea Kiewel sondern Katja Kipping, die auf dem Leipziger Markt unkonventionell mit Geist und Charme nicht nur moderierte, sondern sich wahlkämpferisch gab. Sie war, neben Sahra Wagenknecht und Gregor Gysi, diejenige, wegen der die Leute stehen blieben oder die harten Holzbänke füllten. Tausende Interessierte waren es. Nicht alle harteten die angesagten drei Stunden aus, aber der Markt war ständig sehr gut besucht, auch zu danken den Rhythmen von »polkaholic«. Merke: Es gibt nicht nur die Wechselwähler, sondern auch die Wechselsteher.

Gut durchdacht und polemisierend die Reden, die nur durch Spickzettel angeregt wurden. Als zum Beginn, ab 15 Uhr, meist Rentner interessiert saßen oder standen, gab es genau die Standpunkte der Linkspartei zu deren Themen. Das änderte sich dann im Stundentakt. Und das Publikum, unser Fotograf belegt es, wurde bis 18 Uhr, dem gesetzten Schlusspunkt, ständig ein wenig jünger.

Als Gregor Gysidann fragte: »Wer schon wüsste, wen er wähle?«, hoben sehr viele die Hände. Einige überlegen noch immer.

An »Leipzigs Neue« wurde die Bitte herangetragen, die drei Reden (Kipping-Wagenknecht-Gysi) abzudrucken. Wir müssen das verneinen, sonst wäre die Zeitung 50 Seiten dick. An diesem sonnigen Nachmittag, da der Wettergott der Linkspartei hold war, konnte nichts das direkte Dabeisein, sowie alle Zwi-

schenrufe, ersetzen. Sahra Wagenknecht wies u.a. Gedanken – von Linken-Parteichef Riexinger im Saarland geäußert – zurück, nach der Wahl eine Grüne-SPD-Regierung zu tolerieren. »Dieses Land brauche eine starke Opposition gegen die Einheitssoße der anderen Parteien, zweistellig ist dabei nicht illusionär!«, bekräftigte danach der Dritte im Bunde, Gysi, diese Sicht.

Der Konflikt in Syrien mit den Gefahren, nicht nur für die dortige Region, war ein dringliches Anliegen beim Wahlkampfauftakt. Tags darauf protestierten zudem Leipziger vor dem amerikanischen Konsulat und forderten unübersehbar: »Hände weg von Syrien!«

In Deutschland ist derzeit Wahlkampfpland. Da wird geredet, da werden, quer durch die Landschaft, politische Süppchen gekocht. Es gab zudem das lange Fernsehgeplänkel: Merkel contra Steinbrück. Übrigens nach dem Termin, als vier Medienleute gegen zwei Politiker »kämpften«, punktete die veröffentlichte Meinung: »Unentschieden«.

Im Netz kommentierten stattdessen Tausende die farbige Halskette der Kanzlerin. So lassen sich Leute ablenken. Geht vielleicht derzeit ein Verblödungsvirus um?

Noch ist Gelegenheit, bis zum Wahltag klug zu fragen, auch die Direktkandidaten Höll und Nagler in Leipzig. Das kann man tun, und nicht darüber sinnieren, warum der fragende Metzgersohn Stefan Raab beim kürzlichen »Fernseh-Duell« nicht die linke (!) Hand aus der Hosentasche bekam. Sollte man darüber vielleicht auch noch twittern?

• - ck

Weil das verrückt ist! UND DU?

Ich stelle mir seit Tagen viele Fragen.
UND DU?

Man stolpert wieder über Plakate.
UND DU?

An jedem Baum an jeder Laterne.
UND DU?

Da heißt es: »Meine Mudda wird Chef! UND DU?«

Nein, meine Mudda wird kein Chef. Das hätte noch gefehlt! Und: ich bin keine Mudda, also: ich werd' auch kein Chef.

»Mensch vor Bank! UND DU?«

Was macht der dort? Fragt keiner! Steht der da nur so rum? Komm ich noch in die Bank rein? Oder liegt er vorm Eingang? Mensch vor Bank! Bekommt der wenigstens Hartz IV oder ist er sogar ein Aufstocker? UND DU? Nee, und welche Bank? Das ist doch die richtige Frage. Commerz, Dresdner oder Park.

Und warum sieht man auf einem Plakat einen Türken vor einem Maisberg, über dem steht: »Mit Essen spekuliert man nicht!«

Darunter: »UND DU«

Ist das Rassismus?

Das ist Rassismus.

Cooler Plakat: Wir sind Rassismus!
UND DU?

Wieso sitzt da kein deutscher Börsianer hinter dem Maisberg?

Tschuldigung, interessiert mich halt!

»Eure Schulden will ich nicht!
UND DU?« Schwachsinn.

Mit meinen Schulden fängt es an.

Die will ich zu allererst nicht.

Wieso Duzen die mich? Unverschäm!

Und: was ist das überhaupt für ein Deutsch? Fehlt doch nur noch: »Ich schlecht Grammatik! UND DU?«

»Wer macht da eigentlich für was Werbung?« fragte ich ratlos einen Mann. »Um welche Vereinigungen geht es da?«

»Um kriminelle!« zuckte der Mann mit den Schultern und zog von dannen, ließ mich unter einem Plakat der FDP stehen: »Weil es Deutschland besser macht!« ES? DIE FDP! Die FDP mal durchgegendert! Es westerwelt an Bäumen und Laternen.

Das Plakat: »Weil es Grammatik besser macht!« wäre treffender. Zurufen möchte man DAS Politikern: »Die Studie zur Bildung in der Schule ist nach einer italienischen Stadt und nicht dem italienischen Nationalgericht ... nein, nicht Pasta, das andere ... benannt!«

Na ja, vielleicht ist das mit dem DAS gar nicht so blöd, wenn wir nun alles durchgendern ... also: mal so gesehen machen doch das FDP, das CDU, das SPD, das Bündnis90 /Das Grünen alle dasselbe Politik.

Oder gibt es Unterschiede? Wie war das? »Wahlen ändern nichts, sonst wären sie verboten!« UND DU?

• Michael Oertel



Es bleibt Provinztheater

Auf dem Spielplan: »Unsere schöne Waldschlößchenbrücke«

Es liegt der Eindruck nahe, dass einige sächsische Politiker meinen, die UNESCO sei ein Tanzbär aus dem Zirkus den man beliebig durch und in das Dresdner Elbtal dirigieren kann.

Wie anders soll man die kaum zu überbietende Arroganz gegenüber dem UNESCO-Welterbekomitee verstehen, ultimativ (!) deren Mitarbeiter nach Dresden zu zitieren und die erneute Zuerkennung des Welterbetitels für das Elbtal zu fordern. Hat man doch jahrelang Warnungen in den Wind geschlagen und wider aller Vernunft eine Waldschlößchenbrücke über die Elbe als riesige Bogenbrücke gebaut. Wenn man den sächsischen FDP-Mann Holger Zastrow ernst nehmen sollte, käme jenes Ansinnen einer Brückierung der Weltgemeinschaft gleich.

Für wie naiv halten Herr Zastrow und auch Wirtschaftsminister Morlok eigentlich die Fachleute in aller Welt, dass diese sich nicht anhand von Plänen ein Bild davon machen können, wie ein Bauwerk in der Realität aussieht. Man mag den beiden verant-

wortlichen Dresdnern auf Zeit zugute halten, dass sie keine Baupläne lesen können. Computerbildanimationen sind indes längst wissbegierigen und neugierigen Kindern verständlich.

Offensichtlich sind Zastrows Sinne getrübt, wenn er nun ernsthaft behauptet: »Spätestens jetzt, da die Brücke steht, ist klar wie ungerechtfertigt und sinnlos die Aberkennung war. Aber Fehler kann man rückgängig machen«. Fehler hat nicht die UNESCO mit ihren für alle gleichermaßen verbindlichen Regeln gemacht, sondern die sächsische Landeshauptstadt mit ihrer Arroganz. Hätten sich die Dresdner mit den UNESCO- und TU-Fachleuten an einen Tisch gesetzt, um eine dem Welterbe »Elbtal« würdige Brücke zu entwickeln, hätte mit Sicherheit im Zeitalter von Spannbeton ein guter, sehenswerter Kompromiss gefunden werden können. Dann wären tatsächlich die von Oberbürgermeisterin Helma Orosz herbei geredeten Sichtachsen entstanden. Kaum zu glauben, dass der

Fehler in den nächsten Jahren korrigiert wird und eine mit der Elbtalandschaft verträgliche neue Brücke gebaut wird. Vielleicht hätte man bei den Altvorderen lernen können, die mit dem Blauen Wunder statt einer Bogen- eine Hängebrücke bauten und somit wenigstens in der Flussmitte eine Sichtachse hergestellten hatten.

Obwohl 2008 verworfen, wurde erst 2009 durch die UNESCO die Arroganz der Dresdner Oberbürgermeisterin, der Dresdner Landesdirektion sowie der sächsischen Justiz mit der Aberkennung des Welterbtitel abgewatscht. Offensichtlich haben einige Provinzpolitiker immer noch nicht begriffen, dass sie gegenüber der Weltgemeinschaft in kulturellen, Wissenschafts- und Bildungsfragen vertretenden UNESCO keine Alleinvertretungsansprüche haben. Vertragspartner in Sachen deutscher Welterbestätten und -räume sind ausschließlich die UNESCO und die Bundesregierung, welche in diesem Stück auffallend zurückhaltend ist.

• S. Schlegel

Rico Gebhardt ist alter und neuer Vorsitzender der sächsischen LINKEN

Er erhielt auf dem Parteitag in Dresden 109 von 157 Stimmen. Das entspricht einer Zustimmung von 69,4 Prozent. Es gab 42 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen. Auf dem 6. Parteitag 2011 erhielt er 79 Prozent. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Cornelia Falken und Stefan Hartmann bestätigt. Landesgeschäftsführerin bleibt Antje Feiks und Landesschatzmeister Heinz Pingel wurde ebenso wie die Gleichstellungspolitische Sprecherin Claudia Jobst und der jugendpolitische Sprecher Tilman Loos bestätigt

(R.S)

1. August

Crottendorf: Nachdem eine auf einer eingeschalteten Herdplatte in der Küche des Rathauses abgestellte Kaffeemaschine in Flammen aufgegangen war, wurden bei dem Feuer am Mittwoch mehrere Räume, darunter auch der Sitzungssaal, verrußt. Nach ersten Schätzungen entstand ein Schaden von mindestens 80 000 Euro.

2. August

Leipzig: Der Künstler Yadegar Asisi hat sein neues monumentales Rundbild zu »200 Jahre Völkerschlacht« im Leipziger Panometer eröffnet. Zu sehen sind darin keine Schlachtszenen, vielmehr thematisierte er die Architektur der Stadt nach dem Ende des Ereignisses. Der Besucher im Panometer steht auf dem Dach der Thomaskirche und sieht Chaos, Leid und Zerstörung in der damals 35 000 Einwohner zählenden Stadt. Nach Asisi soll es ein Panorama gegen den Krieg sein.

7. August

Schellerhau: Im Botanische Garten werden seltene Pflanzen aufbewahrt, die früher auf den Wiesen im Erzgebirge beheimatet waren. Dazu gehören auch die gelb-orange blühenden Arnikapflanzen, die wegen der Umweltbelastung kaum noch in der Natur vorkamen. Inzwischen gibt es ein deutsch-tschechisches Naturschutz-Großprojekt für die Bergwiesen im Osterzgebirge.

Wurzen: Zum 130. Geburtstag des Dichters und Kabarettisten Joachim Ringelnatz lädt seine Heimatstadt Wur-

zen zu einer Sonderausstellung »Die Frauen um Ringelnatz«, die bis zum 29. September in der Städtischen Galerie am Markt gezeigt wird.

8. August

Leipzig: Ein kleines Mädchen konnte es heute morgen nicht erwarten und erblickte auf der Bahnstrecke von Leipzig nach Halle im Steuerwagen einer S-Bahn das Licht der Welt. Mutter und Kind wurden am halleischen Hauptbahnhof bereits von einem Notarzt erwartet und ins Krankenhaus gebracht. Beide sind wohlauf. Die Deutsche Bahn Regio hat dem »S-Bahn-Baby« eine lebenslange Freifahrt in allen Nahverkehrszügen geschenkt.

13. August

Bautzen: In Bautzen werden bis zum 8. September die Senfwochen gefeiert. 20 Restaurants und Bars der Stadt laden zu kulinarischen Entdeckungen rund um die berühmte Würzpaste ein. Die Senftradition reicht in Bautzen bis in die 1930er Jahre zurück.

14. August

Markranstädt: Der im September vorigen Jahres gewählte Bürgermeister kann sein Amt noch nicht antreten, weil

die Klägerin gegen die Wahl trotz ihrer deutlichen Niederlage vor dem Verwaltungsgericht Leipzig beim OVG in Bautzen Berufung eingelegt hat.

16. August

Großpöna: Drei Tage wird der Störmthaler See in Großpöna bei Leipzig wieder zur ostdeutschen Indie-Rock-Hauptstadt. Die Veranstalter erwarten 20 000 Besucher. Auf zwei Bühnen treten rund 40 nationale und internationale Bands auf.

17. August

Bad Dübener See: Nach dem Planfeststellungsbeschluss für den Polder Löbnitz kann die Landestalsperrenverwaltung jetzt mit dem Bau weiterer Abschnitte beginnen. Das Polder-Projekt bei Bad Dübener See verbessert den Hochwasserschutz bis zur Landesgrenze nach Sachsen-Anhalt und kann mit einer Fläche von 1 500 Hektar bei Hochwasser 15 Millionen Kubikmeter Wasser aufnehmen.

22. August

Dresden: Die Staatsanwaltschaft hat Anklage gegen fünf Fußball-Hooligans erhoben, die als Anführer der Vereinigung »Faust des Ostens« gelten. Ihnen werden unter anderem Bildung einer

kriminellen Vereinigung sowie gefährliche Körperverletzung vorgeworfen. Gegen weitere Mitglieder der Gruppierung wird ermittelt.

24. August

Dresden: Nach sechsjähriger Bauzeit wird die Eröffnung der Dresdner Waldschlößchenbrücke mit einem Bürgerfest gefeiert. Der mehr als 180 Millionen Euro teure Bau hatte über Jahre für heftige Diskussionen gesorgt. (s.o.)

25. August

Gelenau: Im Ergebnis einer Bürgerbefragung startet im Ort, der sich über eine Länge von 6 km erstreckt, ein sachsenweit einmaliges Projekt. Ein Bus mit 22 Plätzen steuert an Arbeitstagen stündlich 25 Haltestellen an.

27. August

Markkleeberg: Die Dauerausstellung im neu eröffneten Fotomuseum »Fotofaszination« spiegelt die Geschichte der Fotografie von den Anfängen bis zur Gegenwart wider. Die erste Sonderausstellung ist Günter Rössler, einem der bekanntesten Mode- und Aktfotografen Deutschlands, der 1926 in Markkleeberg geboren wurde, gewidmet. Das Museum zeigt seine schönsten Werke aus fünf Jahrzehnten.

1. September

Dresden: Dieter Hildebrandt hat den Erich-Kästner-Preis des Dresdner Presseclubs erhalten. Er setzte sich seit Jahrzehnten mutig für Toleranz und Völkerverständigung ein, hieß es zur Begründung. Der Preis ist mit 10 000 Euro dotiert.





Al-Andalus im 10. Jahrhundert.

Karte: wikipedia.org

Brücke zwischen Altertum und Neuzeit

Al-Andalus wurde der muslimische Teil Spaniens vom 8. bis ins 14. Jahrhundert genannt, der vom Kalifen al-Walid erobert wurde.

Als kulturelles und wissenschaftliches Zentrum etablierte sich al-Andalus, dessen Hauptstadt Cordoba mit einer halben Millionen Einwohner die größte Stadt Europas war. Von dort fanden durch Übersetzungen aus dem Arabischen antike Schriften, die lange Zeit als verschollen galten, ihren Weg zurück in die wichtigen europäischen Bibliotheken. Aber auch die Schriften muslimischer Gelehrter, wie Avicennas, Albucasis' und Averroes kamen auf diesem Weg ins christliche Europa.

Welchen Status die jüdische Bevölkerung in der Gesellschaft von al-Andalus inne hatte und welche Rolle sie beim Wissenstransfer spielte, ist das interessante und vielschichtige Thema der Veranstaltung.

Vortrag und Diskussion

Arabisch-muslimisch-jüdischer Kulturtransfer
auf der iberischen Halbinsel,

zwischen dem 8. und 14. Jahrhundert:

Brücke zwischen Altertum und Neuzeit

Mit Prof. Dr. Wolfgang Geier, Leipzig/Klagenfurt
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10, Leipzig

Termin: Dienstag, 24. September, 18.00 Uhr

Der Hessische Landbote.

Erste Botschaft.

Darmstadt, im Juli 1834.

Vorbericht.

Dieses Blatt soll dem hessischen Lande die Wahrheit melden, aber wer die Wahrheit sagt, wird gehenkt, ja sogar der, welcher die Wahrheit liest, wird durch meineidige Richter vielleicht gehängt. Darum haben die, welchen dies Blatt zukommt, folgendes zu beobachten:

- 1) Sie müssen das Blatt sorgfältig außerhalb ihres Hauses vorder Polizei verwahren;
- 2) sie dürfen es nur an treue Freunde mittheilen;
- 3) denen, welchen sie nicht trauen, wie sich selbst, dürfen sie es nur heimlich hinlegen;
- 4) würde das Blatt dennoch bei Einem gefunden, der es gelesen hat, so muß er gestehen, daß er es eben dem Kreisrath habe bringen wollen;
- 5) wer das Blatt nicht gelesen hat, wenn man es bei ihm findet, der ist natürlich ohne Schuld.

Krieg den Palästen

Georg Büchner verfasste und veröffentlichte 1834 seine Streitschrift »Der Hessische Landbote« über die sozialen Missstände seiner Zeit. Mit seinem Aufschrei »Friede den Hütten! Krieg den Palästen!« prangerte Büchner mittels der Schöpfungsgeschichte die Zustände im Großherzogtum Hessen an.

Aus Anlass von Büchners 200. Geburtstag liest der Dresdner Schauspieler Jochen Kretschmer aus »Der Hessische Landbote«.

Termin: Mittwoch, 11. September, 19.00 Uhr

WIR-AG

Martin-Luther-Straße 21, Dresden

Faksimile / RLS

Die Stiftung hat Fragen an Gäste und Besucher

**Besuchen Sie hin und wieder Veranstaltungen
der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen?
Wenn ja, helfen Sie uns noch besser zu werden
und geben Sie uns Hinweise, was Ihnen gefällt,
was nicht und was wir ändern sollten.**

Sie finden bis zum 15. September unter
<https://www.soscisurvey.de/befragung-rls-sn/> einen Fragebogen.

**Wir freuen uns über jede Antwort.
Die Angaben werden vertraulich behandelt.**

Wissenschaftspreis

Im Januar 2014 wird er verliehen: der Wissenschaftspreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen.

1996 erstmals vergeben. Der Preis gründet sich auf eine Stiftung des deutsch-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers und Publizisten Günther Reimann aus New York. Für den Preis, der mit 1500 Euro dotiert ist, können sich vornehmlich junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende bewerben, die in ihrer Forschungsarbeit originelle Überlegungen zu gravierenden gesellschaftlichen Problemen entwickeln. Man kann sich selbst mit einer Arbeit bewerben oder andere vorschlagen.

Bewerbungen bitte bis zum 15. Oktober 2013

Sie sollten ein gedrucktes und digitalisiertes Exemplar
und eine Kurzbiografie enthalten.

**Postanschrift: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
Harkortstraße 10, 042107 Leipzig
Mail: info@rosalux-sachsen.de**

Willkommene Beute für Plünderer.
Zeitgenössische Radierung von J. A. Klein



Wenn Alltag katastrophal wird

Von Michael Zock

**Dann erst genieß ich
meines Lebens recht,
wenn ich mir's jeden Tag
aufs neu erbeute.**

Friedrich Schiller

Die Leute haben vor 200 Jahren den Gang der Jahreszeiten an Leib und Gemüt intensiv erlebt. Der Winter war des Menschen Feind: Kälte, Nässe und Dunkelheit. Auch eine Zeit verhältnismäßiger Ruhe; keine drängende Arbeit außerhalb der Ställe; manche Gelegenheit, in der Ofenwärme oder am rauchigen Herdfeuer zu dösen. Eine Art Winterschlaf, in dem das Schlafmanko der Sommerzeit, namentlich der Erntemonate, nachgeholt wird.

Das Frühjahr hat man mit Erleichterung begrüßt, wie immer und überall, die steigende Sonne, die Schneeschmelze, das Abtrocknen von Wiesen und Feldern, das sprießende Grün, die linden Lüfte.

Der Mensch hat die Gabe, sich zu freuen, ohne die er sein Leben nicht bestehen könnte. Schwer denkbar, dass das ganze Bauernvolk nach des Winters Kälte und Dunkelheit ohne

Freude an die Feldbestellung gegangen sei. Oder auch, dass das Einbringen der Ernte ohne irgendein Gefühl der Dankbarkeit, ohne Eifer, die guten Gaben zu bergen, geschehen ist.

Rund jedes vierte Jahr galt bis zur Völkerschlacht als mageres Jahr. Und das für Familien, wo oft Schmalhans Küchenmeister war. Kein Wunder, dass viele auch in unserer Region, um das Magenknurren zu unterdrücken, auf naturwidrige Speisen zurückgriffen: Gras, Disteln, Wicken, Haferstreu ... und daran erkrankten.

Noch ist die Kartoffel, als sogenannter Erdapfel oder Erdbirne, nicht überall das tägliche Nahrungsmittel. Dafür: Brot und Brei am Morgen, am Mittag und am Abend ... soweit vorhanden.

**Die Religion des Hungers
ist Essen, sei es erarbeitet,
erbettelt oder gestohlen.**

Bettina von Arnim

Im Spätherbst, wenn die Tage kürzer, die Nächte kühler, die Wolken regnerischer werden, ist die Ernte eingebracht. Aber Grund zur Freude beim Erntefest und Hoffnung auf ruhigere Wochen gab es vor dem Oktober 1813 kaum.

Trotz aller Nöte bei der Lebensgestaltung steht doch immer, gerade aus heutigem Betrachtungswinkel, auch die Frage: Kann man sich beispielsweise eine Dorfjugend vorstellen, die nur das Gefühl hatte, durch ein irdisches Jammertal zu wandern? Wie lebte und liebte sie? Über die sogenannten Probenächte anno 1800 vor einer geplanten Bauernhochzeit wurde in der »Geschichte der öffentlichen Sittlichkeit« durch Wilhelm Rudeck beispielsweise folgendes notiert:

... der hat die Erlaubnis, seine Schöne des Nachts zu besuchen. Die Dorfetikette verlangt notwendig, daß er seine nächtlichen Besuche möglichst durch das Dachfenster bewerkstellige. Diese mühsame Unternehmung verschafft anfangs dem Liebhaber keine anderen Vorteile, als daß er etliche Stunden mit seinem Mädchen plaudern darf, das sich um diese Zeit ganz angekleidet im Bett befindet. In der Folge gibt die Dirne ihrem Buhler unter allerlei ländlichen Scherzen und Neckereien Gelegenheit sich von ihren verborgenen Schönheiten eine anschauliche Erkenntnis zu erwerben.

Das heutige Deutschland war in jener Zeit ackerbaulich geprägt und bestand aus zahlreichen selbstständigen kleinen Stadtwirtschaften und einigen größeren Territorialwirtschaften. Reichtum kannten nur we-

nige Kaufherren und adlige Großgrundbesitzer. Bei der Mehrzahl der Bauern ging es dürftig zu, bei den Bürgern meist sehr bescheiden, bei den Beamten sehr knapp. Zwei Rechtsordnungen hemmten die wirtschaftliche Entwicklung: Die Zunftverfassung auf gewerblichem Gebiet, die Erbuntertänigkeit und der Zehnte auf landwirtschaftlichem Gebiet. Großstädte gab es damals noch nicht. Die kleinen Residenzen oder Landstädte wie Leipzig waren meist noch von ihren Ringmauern umgeben, winklig, schmutzig und schlecht beleuchtet. Nur ein Drittel der damals 24 Millionen Bewohner lebte um diese Zeit in der Stadt.

**Selten bricht eine
Katastrophe herein,
ohne ihre Vorboten
vorauszuschicken.**

Raymond Radiguet

Seit Oktoberbeginn 1813 hörten auf der Poststraße von Leipzig über Markkleeberg nach Borna, wie auch auf den Oetzsch und Gautzsch berührenden Wegen von Leipzig nach Zwenkau, die Truppenbewegungen nicht auf. Unruhe kam unter den Leuten auf. Gerüchte und Vermutungen machten die Runde: Es käme in der

Nähe von Leipzig zu einer großen Schlacht. Ängstliche und Wohlhabende vergruben allerorten ihre Habseligkeiten. Tage später nahmen ihnen Soldaten Kleidungsstücke und Schuhe ab, trieben das Vieh aus den Ställen, töteten Hühner und Gänse, fuhren Betten und Stroh auf Leiterwagen davon. Die Kartoffelernte des Jahres fiel zwar reichlich aus, landete aber meist in den Feldküchen und Biwaks. Die Markkleeberger Gutsbesitzerfamilie von Funcke bereitete ihre Flucht auf das Rittergut Großstädteln vor. Die im Ort Wohnenden suchten zum größten Teil schon Anfang Oktober das schützende Mühlholz auf, ein heute nicht mehr existierendes Auwaldgebiet jenseits des Pleißenmühlengrabens. Überlieferungen besagen, dass ihnen dieses Waldstück schon im Siebenjährigen Krieg Zuflucht bot.

Dem Militär auf beiden Seiten muss dieser Aufenthalt aber bekannt geworden sein, zwangen die Franzosen doch am 13. Oktober Markkleeberger Handwerker unter dem Ortsrichter Grunewald, die beiden Pleißebrücken abzubrechen und nahe Uferbäume zu fällen und zu zersägen. Der Flussfischer namens Richter durfte bei Androhung der Todesstrafe mit seinem Kahn keine Personen übersetzen. Streifende Kosaken statteten den Geflüchteten in ihrem Waldlager ebenfalls einen Besuch ab. Er endete für den Maurergesellen Breyer tödlich, weil er in seiner Wut über weitere Plünderungen einen Knüppel nach den Reitern warf und einen von ihnen traf. Dieser soll daraufhin sein Pferd gewendet und den Maurer mit einer Pistole getötet haben. Eine ebenfalls tödliche Verletzung, so besagt das Kirchenregister, erlitt eine im Dorf Gautzsch geborene Frau durch eine Kanonenkugel. Über die näheren Umstände geben die Schriften wenig Auskunft. Alles keine Einzelfälle!

PS: An dieser Stelle enden unsere Recherchen. Bewusst im Alltag angesiedelt und auf ein Gebiet eingegrenzt, wo in Kürze Schlachten »nachgestellt« werden.

Man schreibt und spricht heute vom »Jubiläum«.

Man freut sich auf die vielen Gäste. Die Völkerschlacht – nunmehr ein »Event«?

Viele stört das! Wie passt das zu jenem katastrophalen Alltag, der sich grausamer zugetragen hat, als wir es, 200 Jahre später, beschreiben können?

Unsere Titelgrafik – ein Plakat von Grit Fiedler – stellt das »Monstrum« auf den Kopf und macht einen Totenkopf sichtbar.

Ihr Motiv gehört zur internationalen Plakat-Ausstellung, die ab 9. September in der MDR-Zentrale Leipzig gezeigt wird.

»Leipzigs Neue« hatte Gelegenheit zu einer Voransicht.

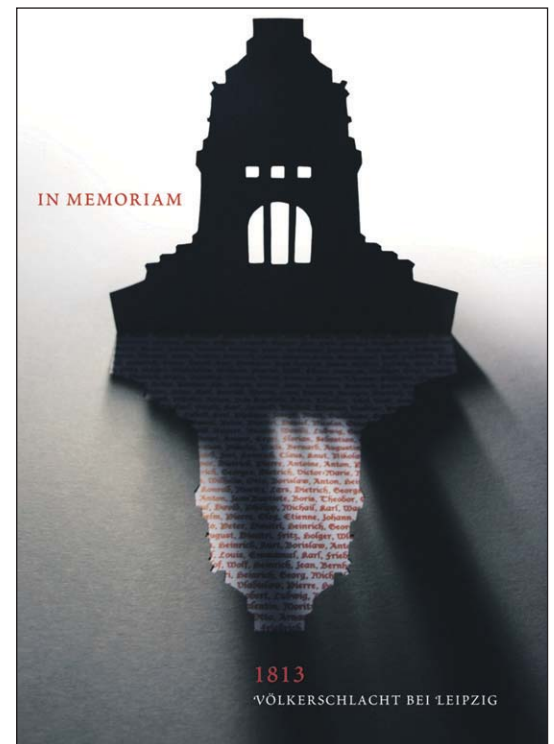
slahta

... aus dem Althochdeutschen steht für Töten, Metzeln, Niedermachen. Vier Tage lang lag das Schreien und Stöhnen der Verkrüppelten, Verwundeten und Verzweifelten über dem Schlachtfeld im Herbst 1813 im Leipziger Süden.

Kann man diese Völkerschlacht nachstellen, gar zum Gaudi der sich stets einfindenden Zuschauer? So fragt diese Ausstellung der anderen Art.



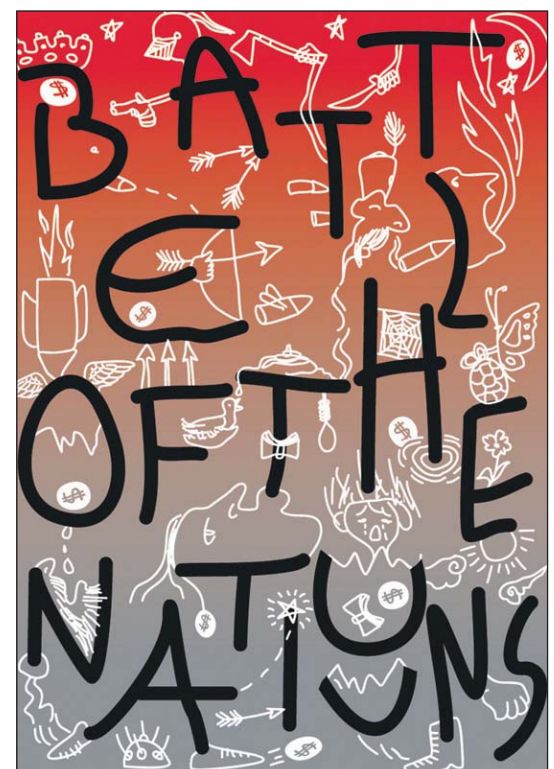
Bernd Hanke, BRD



Simone Latzko, BRD



Pablo di Firma, Argentinien



Saleh Zanganeh, Iran

Es wurden 52 Plakate eingereicht. 11 nennen internationale Künstler als Urheber. USA 3 / Iran 1 / Frankreich 1 / Tschechien 2 / China 2 / Argentinien 1 / Mexiko 1

Die Arbeiten werden ab 9. September in der Galerei des Mitteldeutschen Rundfunks in Leipzig, gemeinsam mit Zeichnungen des Cartoonisten Werner Rollow gezeigt.

Die Initiative für dieses internationale Projekt ging vom Bund Mitteldeutscher Grafiker aus.

Heute schon einen Apfel gegessen?

Falls nicht, holen Sie es diesen Herbst nach, gehen Sie mit Ihren Eltern und Großeltern in den Garten und erinnern sich an längst Vergessenes.

Wenn Sie meinen, im September gäbe es noch keine Äpfel, lassen Sie sich im Kino überzeugen, wie im Juni Apfelbäume blühen, von dem ambitionierten deutschen Film »Der Geschmack von Apfelkernen« von Vivian Naefe nach dem gleichnamigen Bestsellerroman, und folgen Sie der Erzählung dreier Generationen und den damit verbundenen 70 Jahren Familiengeschichte, auf 120 Minuten komprimiert.

Genießen Sie die landschaftliche Idylle der schleswig-holsteinischen Natur, spazieren Sie mit der Kamera entlang der Allee der Reed-Dach Dörfer und lassen sich einnehmen von den immer wiederkehrenden Sequenzen, welche die Einzelheiten der Umgebung, des Hauses und des Gartens der verstorbenen Großmutter Bertha einfangen. Dazwischen werden Sie sie bemerken, die weiblichen Hauptakteure des Films, deren innere Zerrissenheit, deren in Zeitsprüngen erzählten Familientragödien.

Konzentrieren Sie sich dabei nicht auf Unklarheiten der Zuordnung der Protagonisten, die zum Teil inszenierten Dialoge, sondern genießen Sie die wenigen Augenblicke, in denen Kamerafahrt, Stimmungsaufbau und die richtige Akteurin zusammenwirken und die die angedeutete, doch zu selten umgesetzte Poesie des Films erfahrbar machen.

• Robert Weiland

»Der Geschmack...«
ab 26. September im Kino

Zwei – endlich auf dvd vorliegende – DEFA-Filme sind das, die konträrer nicht sein können, thematisch wie ästhetisch. Zwei DEFA-Filme sind dies aber auch, die heutzutage noch exemplarisch für die Babelsberger Traditionslinie des antifaschistischen Sujets stehen, aber ebenso für ein Kapitel gesamtdeutscher Nachkriegsgeschichte.

1947 drehte Kurt Maetzig, Gründer der Wochenschau »Der Augenzeuge« und Schöpfer etlicher zeitgenössischer Leinwandchroniken, seinen ersten Spielfilm: »Ehe im Schatten«. Eine (unveröffentlichte) Novelle der Theaterlegende Hans Schweikart über den Freitod des Ufa-Akteurs Joachim Gottschalk, der auch kurz am Leipziger Schauspiel engagiert war, von 1941 und eine persönliche Familientragödie von damals inspirierten ihn. Und so schildert er den unausbleiblichen Untergang des Schauspielerehepaars Hans und Elisabeth Wieland und ihrer unerwünschten Mischehe; denn sie ist Jüdin.

Maetzig bringt eine schreckerfüllte Zeit ins Bild – mit ihrem Rassenwahn und Antisemitismus, mit Karriere- und Denunziantentum, mit Kristallnacht und Luftangriffen, mit tiefster Erniedrigung jüdischer Bürger und steter Angst vor Deportation. Und all das gebündelt in einem persönlichen, verallgemeinerungsfähigen Schicksal. Paul Klinger und Ilse Steppat spielen die Wielands, weiterhin agieren Claus Holm, Alfred Balthoff, Willi Prager und Hans Leibelt. Allesamt in einem recht gefühlsbetonten, doch stimmigen Duktus, allerdings von einer ziemlich aufdringlichen Musik Wolfgang Zellers unangemessen beeinträchtigt. Brecht urteilte angewidert: »Was für ein schrecklicher Kitsch!«

Doch das seinerzeitige Publikum wie auch das seriöse Feuilleton (DIE ZEIT:

Widersprüche

Zwei außergewöhnliche DEFA-Produktionen, erstmals auf dvd



»Der Film ist von kühner schonungsloser Realistik« schätzten Maetzig's Erstling, entsprach er doch weitgehend damaligen Sehgewohnheiten – und zeigte vor allem noch ganz frische Zeitgeschichte, die bereits ins (gewollte?) Vergessen zu geraten drohte oder aber (sträfliches?) Nichtwissen eliminierte, zudem Betroffenheit und Schamgefühl auslöste. Das wollte und vollbrachte Kurt Maetzig: Die Mitschuld der Opfer nicht außer acht zu lassen, apolitische und opportunistische Haltungen zu benennen. »Ehe im Schatten« war der erste – später nur noch »Figaros Hochzeit« – deutsche Nachkriegsfilme, der eine gesamtberliner Premiere erlebte, am 3. Oktober 1947 in allen vier Sektoren. Und der innerhalb kurzer Zeit in dem geteilten Deutschland an die 12 Millionen Zuschauer hatte. Es gab 1948 den Bambi als beste deutsche Filmproduktion. Schwiag einerseits das Publikum erschüttert bei den Premieren, gab es andererseits stürmischen Applaus. So im Hamburger Waterloo-

Kino, wo sich als ungeladener Gast »Jud Süß«-Regisseur Veit Harlan einfand, doch demonstrativ des Saales verwiesen wurde. Als bald konnte er wieder hinter der Kamera stehen...

Zehn Jahre später drehte Kurt Jung-Alsen nach Franz Fühmanns Novelle »Kameraden« bei der DEFA »Betrogen bis zum jüngsten Tag«. Nominiert für den

Wettbewerb im französischen Cannes, setzte Bonn mit seinem westlicherseits sanktionierten »Alleinvertretungsanspruch« durch, dass der ostdeutsche Film in eine Nebenaktion verdrängt wurde. Und in der BRD selbst untersagte das über alle osteuropäischen Filme urteilende Zensurgremium »Interministerieller Ausschuss« die westdeutsche Aufführung des DEFA-Films, denn »er trägt bei und ist offenbar auch dazu bestimmt, die Grundlagen des Staates in Zweifel zu ziehen und zu erschüttern«.

Dabei schildert der Film von Fühmann und Jung-Alsen ein zwar unerhörtes, doch unerhört glaubhaftes Geschehen. Juni 1941 an der Grenze zu Litauen. Hier bringen vier Landser unabsichtlich die Tochter ihres Hauptmanns um. Den physischen, psychologischen wie auch ideologischen Folgen dieser unseligen Tat der Vier spürt der Film nach, weitet sich dabei zu einem beklemmenden Universum von Anpassung und Komplizentum, Aufbegehren und Manipulation. Im Gegensatz zu »Ehe im Schatten« waltet hier ein kühler, sachlicher, nahezu dokumentarischer Stil, dem sich das Darstellensemble hervorragend anpasst – vor allem Wolfgang Kieling mit seinem skrupellosen, beileibe nicht einschichtigem, doch letztlich ebenso willfährigen wie kreuzgefährlichen Obergefreiten.

• Hans-Dieter Tok



Ich weigere mich, obwohl auf dem Umschlag steht »Das Wesen«, das Wesentliche dieser 52 Seiten in meinen wenigen Zeilen herauszufiltern, denn das muss schiefgehen. Spiele stattdessen lieber mit den Begriffen »abwesend - Unwesen - anwesend«.

Sergej Tenjatnikow, 1981 im sibirischen Krasnojarsk geboren, lebt nunmehr seit einigen Jahren in Leipzig.

Das setzt schon gedankliche Reizpunkte, zumal Hochschulabschlüsse dazugehören, die ja durchaus, da sie in Geschichte und Russistik vorliegen, für das Leben hierzulande und andernorts sensibilisieren.

»Abwesend« und »anwesend« passen da durchaus:

Erschließung des Raumes

in einer neuen Stadt sich niedergelassen verteilt man Gegenstände an ihre Plätze Autos Straßenlaternen Häuser Nachbarn Himmel Flugzeuge den Raum ausgefüllt findet man keinen Platz für sich selbst und zieht um

Auf Seite 32 ein anderes Gedicht, das habe ich in zwei Minuten gelesen und hänge gerade in diesen Wochen mit

meinen Gedanken über das dortige »Unwesen« fest. Zeilen, die sich in mir festhaken.

Ich zitiere unvollständig:

Alexandria

... was zählt aber schon die Antike, wenn ein Panzer keine Sehenswürdigkeit mehr ist, sondern ein Verkehrsmittel.

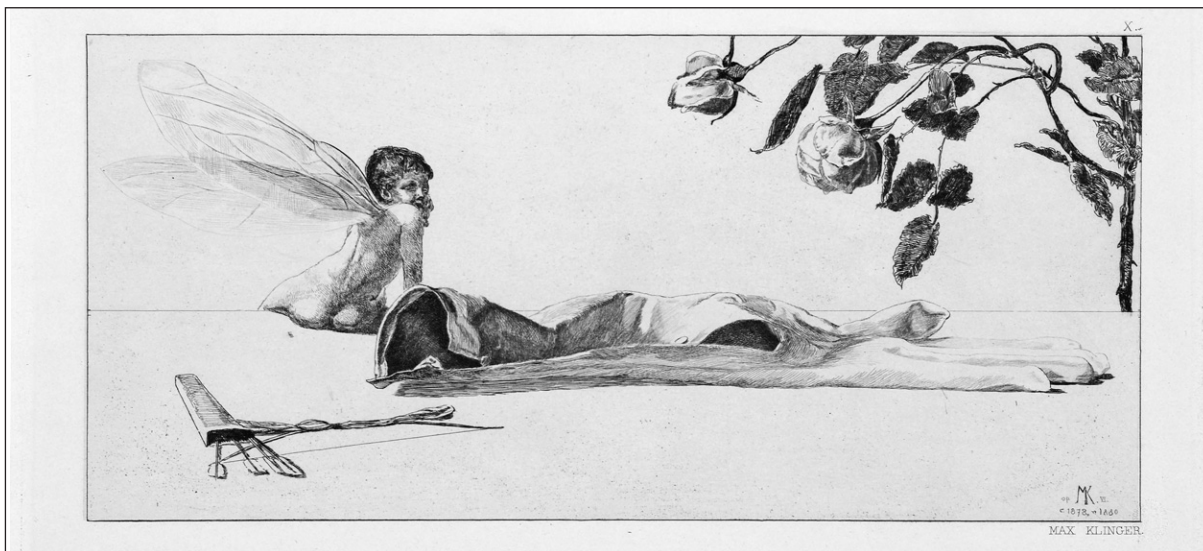
... was brennt da an der Ostküste ... der Leuchtturm von Alexandria oder vielleicht die Bibliothek.

»buterbrod leipzig« ist der Herausgeber. Es lohnt nicht, in der Buchhandlung nach den Gedichten zu fragen, denn die Großhändler listen so etwas nicht.

Bleibt also das Internet als »Händler«. Ich empfehle das, um dann vielleicht, ganz altmodisch (?), mit den Fingern Papier umzublätern. Ich blätterte oft zurück, da mir beim nächsten Gedicht das Vorhergehende nicht aus dem Sinn ging. Kleine und große und intensive Gedanken vertragen nunmal keinen Schnelldurchlauf.

• MIZO

Kontakt: moimaily@googlemail.com



Max Klinger »Amor, Blatt 10 aus der Folge ›Ein Handschuh‹ (Opus VI)«, 1881, Radierung, Museum der bildenden Künste Leipzig Foto: MdbK

Meisterradierungen

Max Klinger

»Opus VI: Ein Handschuh«

Die Graphische Sammlung des Leipziger Museums der bildenden Künste verfügt über Schätze, die aus konservatorischen Gründen nicht dauerhaft gezeigt werden können. Derzeit wird das grafische Werk von Max Klinger im Rahmen von kleinen Wechselausstellungen näher beleuchtet. Hier wird das Erbe gepflegt – im besten Sinne. Max Klinger und Leipzig gehören zusammen.

Derzeit ist Opus VI aus dem Jahr 1881 an der Reihe: »Ein Handschuh«. Die gezeigten Blätter gehören zur vierten Ausgabe, erschienen im Jahr 1889. Diese Grafikfolge von zehn Blättern, erfunden und radiert von Max Klinger, geht auf Zeichnungen zurück, die 1878 im Verein Berliner

Künstler gezeigt wurden und die die Aufmerksamkeit des dänischen Literaturhistorikers und Kritikers Georg Brandes (1842–1927) erweckt hatten. Im November 1880 schreibt Max Klinger an Georg Brandes: »...zum Privat Genuß radiere ich die Handschuh Affaire.«

Eine Reise in eine surrealistische Welt voller Begierden und Verwirrungen. Das Bekleidungsstück einer Dame, der verlorene Handschuh, taucht erotisch aufgeladen in verschiedenen Zusammenhängen auf. Zunächst verloren auf einer Rollschuhbahn, dann als Herrin einer Muschelkutsche auf dem Meer, als Altarobjekt und zum Schluss als weiblicher Torso. Möglicherweise verarbeitet Max Klinger seine unglückliche Leidenschaft zu einer schönen, brasilianischen Diplomantochter, der er 1878 auf einer Berliner Rollschuhbahn begegnet war, mit diesem Zyklus. Schön und rätselhaft erinnert diese Radierung

an Francisco de Goyas »Traum der Vernunft« (1799) sowie an Johann Heinrich Füsslis »Nachtmahr« (1790).

Ein Wort zur Hängung: Die Radierungen werden in geselliger Runde mit Originalgipsen Max Klingers gezeigt. Ein Beispiel für gute Raumbildung, die das frühere Chaos mit beleuchteten Holzschränken abgelöst hat. Eine edle Kabinettausstellung, die leider – zu Unrecht – im Schatten der großen Sonderschau steht. • D. M

Max Klinger
Die druckgrafischen Folgen
Opus VI: »Ein Handschuh«

Bis 24. November
Museum der bildenden Künste

Di. u. Do.-So. 10-18 Uhr,

Mi. 12-20 Uhr,

Feiertage 10-18 Uhr,

am zweiten Mittwoch

im Monat freier Eintritt

Experimente im WERK II

An den beiden letzten Augusttagen veranstaltete das Forum für zeitgenössische Musik Leipzig zum 100. Geburtstag und 20. Todestag des amerikanischen Komponisten John Cage eine Opernpremiere besonderer Art. Der Autor lässt den Ausführenden, in »Europa 5«, einem Pianisten, zwei Sängern, einem Grammophon-Spieler, je einem Sound- und Lichttechniker wie den Interpreten seiner zahlreichen Instrumentalwerke denkbar große Freizügigkeit.

Dem Pianisten wird vorgegeben, »sechs Klavier-Arrangements aus Material vorhandener Opern« zu wählen oder zu kreieren. Die Sänger oder Sängerinnen können für verschiedene Vorstellungen verschiedene Arien aus dem Repertoire auswählen, die selbstbe-

wusst, genau intoniert und unter Beachtung der vorgeschriebenen Dynamik und des Ausdrucks gesungen werden sollen. Gesten sollen aber auf das für die Tonerzeugung Notwendige beschränkt sein. »Es sollte keine Beziehung zwischen dem Charakter der jeweiligen Arie und den Aktionen... geben«. Auf dem Grammophon sind sechs möglichst alte Aufnahmen von Opernarien zu spielen. Alles soll genau 60 Minuten dauern.

Was dabei herauskommt, ist kaum mehr als eine Parodie auf die einst beliebten Abende mit Opernarien. Als Regisseur und für die musikalische Leitung Verantwortlicher begnügte sich Thomas Christoph Heyde damit aber nicht ganz. Um mehr Bewegung auf der Spielfläche des Werkes 2 zu bieten, gewann er den Tänzer Robert Phipps und Kinder des Leipziger Tanztheaters, deren vielfältige Aktionen jedoch vom Charakter der gebotenen Arien unberührt blieben.

Die Auswahl der Arien für Sänger und Grammophon wurde weitgehend von den 200. Geburtstagen Richard Wagners und Giuseppe Verdis bestimmt. Der Bariton Marco Vassalli beeindruckte mit Gesängen Wolframs aus »Tannhäuser«, der Countertenor Michael Hofmeister glänzte mit Barock-Arien. Auf Grammophon waren Giacomo Puccini, Albert Lortzing, koloraturenreiche Sopranarien und zum Abschluss die Arie des Radames »Holde Aida« zu hören, die vor Erreichen des betörenden hohen Schlusstones bei Minute 60 abbrach.

Am Schluss gab es für die Interpreten dieser neuen Kleider des Kaisers viel Beifall. Die Frage, ob, wie im Programmheft gesagt, Cage zu den wichtigsten Komponisten des 20. Jahrhunderts gehört, oder gar, wie in der LVZ behauptet, der bedeutendste dieser Säkulums sei, wird die Zukunft entscheiden.

• Werner Wolf

Wer ist Amerika?

Kennen Sie James Buchanan? Das war der 15. Präsident der USA und er regierte 1857-1861. Kennen Sie John Brown, der 1859 in der südamerikanischen Stadt Harpers Ferry einen Sklavenaufstand anführte, hingerichtet wurde und dessen Taten noch heute in dem patriotischen Lied »John Browns Body« besungen werden?

Zugegeben, James Buchanan hat keinen Friedensnobelpreis verliehen bekommen und nicht so blutige Kriege angeführt wie Barack Obama. Der Wunsch, dass der erste afroamerikanische Präsident der USA für seine Taten in den Geschichtsbüchern mit Vergessenheit gestraft wird, muss wohl der Hoffnung weichen, dass sie wenigstens keine Ruhmesblätter beschreiben.

In seiner Amtszeit wurde nun der 25-jährige Obergefreite Bradley Manning zu 36 Jahren Gefängnis verurteilt. Kein Mord, kein Kriegsverbrechen wird ihm zur Last gelegt. Sein Vergehen: die Wahrheit. Bradley Manning machte geheime Dokumente der US-Armee der Öffentlichkeit zugänglich und enthüllte Kriegsverbrechen, wie einen Hubschrauberangriff gegen unbeteiligte Journalisten und Zivilisten. Er selbst gibt an, dass ihn die Grauel des Krieges im Irak und in Afghanistan schockiert und zu seinem Handeln motiviert haben.

Bradley Manning wird in absehbarer Zeit nicht von einer engagierten Weltöffentlichkeit vor politischer Gewaltjustiz bewahrt werden, wie etwa eine Angela Davis 1972, und vermutlich einen Gutteil seines Lebens im Gefängnis fristen müssen. Aber mit jener reiht sich sein Name neben Menschen, wie John Brown, Joe Hill, Ethel und Julius Rosenberg, Martin Luther King, Leonard Peltier oder Mumia Abu Jamal - und viele weitere wirkliche Helden, die in dunklen Zeiten das menschliche Ansehen jeder Nation stets bewahrt haben. Mögen dereinst Eltern und Großeltern in den USA, wenn dann wieder einmal das ganze grausame Antlitz einer Epoche zutage tritt, beschämt auf die Fragen ihrer Kinder und Enkel auf Menschen wie Bradley Manning zeigen und sagen dürfen: Auch sie waren Amerikaner.

• Karl Martin

Ein nackter Kaiser als Präsident?

Ein Satz Martin Luthers zielt in goldenen Lettern das Wittenberger Rathaus: »Fürchte Gott, ehre die Obrigkeit und sei nicht unter den Aufrührern.« Seit ein vor 1990 aufrührerischer Pfarrer, der Luthers Pfad hätte folgen müssen, Staatsoberhaupt Deutschlands wurde, und viele seiner Amtsbrüder sich brüsten, »Dissidenten« gewesen zu sein, scheint eine Ära neuer christlicher Wertvorstellungen angebrochen zu sein. Die erste Prüfungsfrage scheint zu sein: Wie heldenhaft hast Du gegen die DDR-Obrigkeit gekämpft? Besonders penetrant ist das in den Texten von und über Joachim Gauck zu finden.

Anders im Buch von Klaus Blessing und Manfred Manteuffel über Joachim Gauck. Seit ich dieses Buch gelesen habe, assoziiere ich wie unter einem Zwang den Bundespräsidenten mit der Hauptfigur des Märchens Andersens »Des Kaisers neue Kleider«. Zu vieles ähnelt in Gaucks Lebensweg dem Schicksal des Märchenkaisers. Dem Leser ist zu raten, die amüsante und lehrreiche Geschichte zum eigenen Vergnügen selbst zu lesen. Aber auch aus dem Gedächtnis wissen wir: Andersens Kaiser war eitel und liebte schöne Kleider über alles. Zwei Betrüger, die sich als Weber ausgaben, boten dem Kaiser an, ihm die schönsten Kleider zu verschaffen, die auch die Eigenschaft verleihen würden, dass sie für jeden Menschen unsichtbar seien, der nicht für sein Amt taugte oder unverzeihlich dumm sei. Des Kaisers Hofschranzen fanden die nicht vorhandenen Kleider allerliebste, das Volk jubelte dem nackten Kaiser zu. Niemand wollte sich als dumm erweisen. Der Kaiser war glücklich. Schließlich rief ein Kind: »Aber er hat ja gar nichts an«. Die Kammerherren trugen weiter die Schleppe, die gar nicht da war.

Gauck ist von »Kammerherren« anderen Schlages umgeben. Sie ver-

künden: Der Ex-Pfarrer sei die Verkörperung der christlich-abendländischen Werte. Wer das nicht glaubt, sei gemeingefährlich. Das Buch Blessings und Manteuffels hilft zu erkennen, wer mit welchen Methoden an Gaucks »neuen Kleidern« geschneidert hat, bis er den Thron besteigen und sich vom Volk bejubeln lassen konnte. Blessing/Manteuffel helfen dem Leser hervorragend dabei. Hier kann nur aufgezählt werden:

Da ist die Legende, dass Gaucks Vater unschuldig von sowjetischen Behörden verhaftet und verurteilt worden sei. Joachim Gauck habe deshalb folgerichtig Antikommunist werden müssen.

Trotz der Versicherung Gaucks in der ZDF-Sendung vom 17. April 1991, »Ich habe zu keinem Zeitpunkt mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammengearbeitet«, wurde die zwielichtige Rolle des Pfarrers dokumentiert, der als »Larve« mit der Staatssicherheit kooperierte und nach 1990 – als Christ – zum Großinquisitor gegenüber DDR-Funktionären wurde. Er wurde zum Bannerträger jener Geschichtsfälscher, die die DDR der Nazidiktatur gleichsetzten.

Er bezeichnete es als »grobes Unrecht« der Kommunisten, »als sie 1950 die Oder-Neiße-Grenze als neue deutsch-polnische Staatsgrenze anerkannten.« Eine Großtat für den Frieden und die Versöhnung mit Polen fälschte Gauck in »kommunistisches Unrecht« um. Dass eine staatliche Behörde zur Abrechnung mit der DDR-Politik als »Gauck-Behörde« in die Geschichte eingeht, mag unserem »Kaiser« gefallen, aber für die Deutschen im allgemeinen, Zehntausende DDR-Bürger

im besonderen, war das ein Verhängnis. Die Gauck-Behörde wurde von der BRD-Regierung systematisch missbraucht als Beweis-, Druck- und Erpressungsmittel zur Verfolgung, Diffamierung, Einschüchterung und Niederhaltung von DDR-Bürgern und zur Ablenkung von eigenen Ge- und Verbrechen.

*

Peter-Michael Diestel machte öffentlich, dass Gauck ungezählte DDR-Bürger in den Tod getrieben habe. (Darüber führt die Gauck-Behörde keine Statistik, erfuhr Diestel.) Die Steuerzahler haben für die Behörde mit 3000 Mitarbeitern und die Kosten (anfangs 200 Millionen DM) zu bluten. Für seine Verdienste wurde Gauck mit Doktorhüten, Orden und Preisen geehrt. In Rostock ist er

Ehrenbürger und Ehrendoktor. Von 1991 bis 2011 waren es fünfzehn Ehrungen. Beweist das, dass Gauck der »richtige Mann« ist oder bestätigt es, was Andersens über die Umgebung des »Kaisers« darstellt. Wer davon ausgeht, dass Verfechter der Verteidigung des »christlichen Abendlandes« auch Gauck zu den Ihren zählen, müsste prüfen: Redet er nicht ständig falsch Zeugnis wider seine Nächsten? (8. Gebot)

Verletzt er nicht das Gebot der ehelichen Treue? (6. Gebot)

Missbraucht er nicht schamlos die Begriffe Freiheit und Menschenrechte? Ruft er nicht Bundeswehrsoldaten zum Töten auf? (5. Gebot: Du sollst nicht töten. Jedes Leben ist heilig.) In einer mit »Freiheit« überschriebenen Arbeit bekennt sich der Ex-Pfarrer aus Rostock zur Tradition der »Kreuzritzer

des Kapitals«, die, wie Marx und Engels im ersten Satz des »Manifest« feststellten, sich zusammengerottet hatten, um das »Gespenst des Kommunismus« zu töten: »Und deshalb gibt es keinen Grund für einen alt-neuen Versuch, eine neue Variante von Antikapitalismus zur Debatte zu bringen.« Gauck vertritt Gott und bestimmt, was »debattiert« werden darf?

Bei Andersens gibt es den köstlichen Satz von den Hofschranzen, die auch dann noch die unsichtbare Schleppe des Kaisers tragen, als das Kind schon gesagt hatte: Der ist ja nackt. Die Analogie liegt auf der Hand, wenn wir uns an Gaucks Thronbesteigung erinnern. Ein erster Anlauf 2010, gegen Wulff als Präsidentschaftskandidat zu gewinnen, scheiterte.

Erst wenn Wulff, die demokratisch gewählte Obrigkeit, gestürzt würde, gab es für Gauck eine zweite Chance. Und siehe da: Das Wunder geschah. Es war der Kölner Kardinal Meisner, der den ersten Stein auf Wulff schleuderte und die Medienlawine auslöste, die Wulff (nach Horst Köhler) zum Rücktritt zwang. Was werden wir eines Tages über das Ränkespiel hinter den Kulissen erfahren? Im »stern« war im Herbst vergangenen Jahres über die Wahl Gaucks zu lesen: »Eine einzige Riege der Heuchler. Niemand hatte ihn eigentlich gewollt um seiner selbst willen«. Niemand? Auch nicht Gabriel und FDP-Politiker? War Gauck der Mann der CDU und Merckels? Wer hat Gauck aus welchen Gründen zum Präsidenten »gemacht«? Blessing und Manteuffel enthüllen, dass manches bei Gauck noch zu »debattieren« ist.

• **Horst Schneider**

Klaus Blessing / Manfred Manteuffel: Joachim Gauck. Der richtige Mann?, Berlin 2013, 192 Seiten, 9,99 EURO

**Die erste Prüfungsfrage scheint zu sein:
Wie heldenhaft hast Du gegen die DDR-Obrigkeit gekämpft?**

LEIPZIGS NEUE und der **Verlag Edition Berolina**
in Kooperation mit dem Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden e.V (OKV)

Buchpräsentation und Diskussion

JOACHIM GAUCK – Der richtige Mann?

mit: Klaus Blessing

25. September 2013

**18:30 Uhr im Liebknechthaus
Leipzig, Braustraße 15**



Menschen, Geschichte und Einsichten

Merseburgs große Zeit liegt weit zurück in der deutschen Geschichte. Im Mittelalter war es noch Königspfalz, Bischofsstadt, Stadt von Reichs- und Hoftagen, Grablage wichtiger Fürsten. Und christlicher Vorposten gegen die störrischen slawischen »Heiden«, die nach der Eroberung ihres Landes auch noch zum rechten Glauben bekehrt werden sollten; damit sie unter Aufsicht ohne nachzudenken funktionierten. Das dauerte allerdings. Spätestens seit der Reformation und ihren Folgen verblaßte die Strahlkraft der alten Stadt mehr und mehr. Die heutigen Lenker Merseburgs scheinen mit ihrer Geschichte wenig anfangen zu können.

Jürgen Jankofsky setzt dem Vergessen ein gewichtiges Buch entgegen, ein ungewöhnliches Stadtporträt. Nicht – wie die Mehrzahl jener touristischen Publikationen – ein weiteres Mal zusammengelaubt aus anderen, aus z.T. ungeprüften und unreflektierten Daten und Geschichten. Er stellt Menschen in den Mittelpunkt, die Merseburg geprägt haben oder dort geprägt wurden, dort wirkten, oder auch nur

mal durchgelaufen sind. Das ergibt ein plastisches Bild der Stadt über mehr als ein Jahrtausend, lebensvoll, gut erzählt. Vorangestellt sind historische Einführungen, zurück bis ins 9. Jahrhundert. Ein wenig verwirren mag dabei den Leser, dass die häufige Verwendung von »sächsisch« und »Sachsen« für das eroberte Gebiet in jener frühen Zeit nicht näher erläutert wird: Die »Sachsen«-Könige waren eben »nieder«-sächsischer Herkunft, das spätere Land Sachsen in den eroberten Ostgebieten aber entstand erst allmählich, nachdem der Markgraf von Meißen, der Wettiner Friedrich der Streitbare, 1423 die Kurwürde verliehen bekam und den Titel »Herzog von Sachsen«. Merseburg gehörte nicht lange danach auch dazu, bevor es 1815 nach dem Wiener Kongress an Preußen kam, zur »Preußischen Provinz Sachsen« gehörte, heute Sachsen-Anhalt.

Unter den Porträts ist jenes über Rudolf von Schwaben, den Gegenkönig, der 1080 in der Schlacht gegen König Heinrich IV. schwer verletzt wurde und starb. Er liegt im Merseburger Dom begraben. Da-

mals kämpften die Landesfürsten und andere Politiker noch selbst mit in den von ihnen angezettelten Kriegen. Das sollte wieder üblich werden ...

Thietmar, der Bischof von Merseburg, der eine äußerst aufschlußreiche Chronik geschrieben hat, erhält sein Kapitel ebenso wie Barbarossa, Luther, Gustav Adolph, Napoleon oder Wilhelm Friedemann Bach. Weniger bekannt sein dürfte, dass der widerborstige Schriftsteller Christian Reuter am Domgymnasium lernte, Goethe beim Stiftskanzler um eine Konzession für das Hoftheater in Lauchstädt nachsuchen mußte und Franz Liszt von der Domorgel begeistert war.

Die Porträts reichen natürlich bis in die Gegenwart: Wissenschaftler, Künstler, Antifaschisten, Bürgermeister. Und Rudolf Bahro, der Selbstdenker und Humanist, der aufgrund seiner Promotionsschrift, eingereicht an der Technischen Hochschule Leuna-Merseburg, mit fundierten Vorschlägen und Überlegungen 1975 großen Ärger mit Starrköpfen und den zeitlosen



»Blindlingen und Kriechlingen« (Seume) bekam.

Eine empfehlenswerte Lektüre. Das Buch beginnt und endet mit den Merseburger Zaubersprüchen: »Entspringe den Haftbanden, entfliehe den Feinden ...!« Also, auf nach Merseburg.

• Otto Werner Förster

Jürgen Jankofsky, *Merseburg. 1200 Jahre in 62 Porträts & Geschichten*. Mitteldeutscher Verlag Halle 2013, 280 S.

Letzte Zuflucht Mexiko

Die in Berlin von Dezember 2012 bis April 2013 gezeigte Ausstellung »Letzte Zuflucht Mexiko« zu Ehren des damaligen mexikanischen Botschafters Gilberto Bosques (1892-1995) in Frankreich und über das deutschsprachige Exil nach 1939 in Mexiko ist zwar geschlossen – und doch zugänglich geblieben durch das Begleitbuch vom Aktiven Museum.

25 Biografien, mehr oder weniger prominenter Kulturschaffender – einige davon auch mit Lebensgefährten und Lebensgefährtinnen – werden vorgestellt, denen als jüdische und / oder kommunistische vom Naziregime Verfolgte, vor allem wegen ihrer Gesinnung und aktiven antifaschistischen Haltung von anderen Staaten – insbesondere USA – ein Asyl verwehrt wurde. Die erläuternden Texte zu den Lebenswegen in Ergänzung der privaten Dokumente bieten interessante Details auch zu bekannten Namen.

Neben einleitenden Ausführungen über die allgemeine Situation, die Mexiko zur letzten Zuflucht werden ließ, tragen auch die Kapitel über Wege und Umwege nach Mexiko, die Außen- und Asylpolitik

Mexikos jener Jahre und das Netzwerk der Hilfsorganisationen im »Abfahrtsort« Marseille zum Verständnis der geschilderten Schicksale bei. Quellen- und Literaturhinweise erleichtern sicher die weiterführende Beschäftigung mit dieser Thematik.

Das entscheidende Wirken von Gilberto Bosques als Botschafter in Frankreich wird durch ein auszugsweise hier veröffentlichtes Interview mit diesem und eine biografische Skizze gewürdigt.

Ähnlich wie nach der viel beachteten Ausstellung von 2007, die dem Andenken von Varian Fry und den von ihm geleiteten Rettungsaktionen in Marseille 1940/41 gewidmet war und bis heute durch das Begleitbuch über diesen Teil der Emigrationsgeschichte aufzuklären vermag, kann m. E. das vorliegende (Katalog-)Buch ebenfalls nachhaltig der Wissensvermittlung dienen. Darin begründet sich der Wunsch nach größerer Anerkennung des verdienstvollen Wirkens dieses leider nur wenig bekannten Aktiven Museums, welches eigentlich ein »unbehauster« Förderverein zur Bewahrung und Vermittlung historischen

Wissens über Faschismus und Widerstand ist. In Kooperation mit der Akademie der Künste, dem Iberoamerikanischen Institut – Preußischer Kulturbesitz und dem Institut Investigaciones Interculturales Germano-Mexicanas A. C. erarbeiteten mehrere Arbeitsgruppen dieses »Vereins« Ausstellung und Katalog über das deutschsprachige Exil nach 1939 in Mexiko.

Die Ausstellung, konzipiert zum Berliner Gedenkjahr 2013 und Teil des 20jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft zu Mexiko-Stadt, wird nun – auch dank der Mittel aus dem Hauptstadt-Kulturfonds – zwischen zwei Buchdeckel zum bleibenden Fundus der Exilgeschichte als einem Teil deutscher Geschichte gehören und die Beispiele der Solidarität Mexikos und seines damaligen Botschafters für Verfolgte des Naziregimes bewahren.

• Helga W. Schwarz

Letzte Zuflucht Mexiko. Gilberto Bosques und das deutschsprachige Exil nach 1939.

Aktives Museum, Berlin 2012, 318 S. 20 Euro

Annotiert

W. Hedeler (Hrsg.): *Lenin oder: Die Revolution gegen das »Kapital«*. Dietz Verlag Berlin 2013. 144 Seiten, 9,90 Euro.

Geleitet von der These, dass Lenins Erbe nicht der Leninismus ist, enthält der erste Teil der Schrift einen biografischen Abriss Lenins. Auf dem Gebiet der Partei-, Revolutions- und Staatstheorie, betont der Herausgeber, ging Lenin teilweise über Marx hinaus, »nicht selten an ihm vorbei«. Das betreffe das Konzept einer Partei neuen Typus, die Theorie vom Imperialismus als die jüngste Etappe des Kapitalismus und die Konzeption vom Aufbau des Sozialismus in einem schwach entwickelten kapitalistischen Land. Was Lenin auf den Weg gebracht hat, sei »nicht nur eine gelungene Revolution gegen die Kapitalisten, sondern auch eine gegen den Geist des von Karl Marx verfassten Buches »Das Kapital« gewesen.« Diese Kritik an Lenin spalte bis heute Kommunisten, Sozialdemokraten, Sozialrevolutionäre, Anarchisten und Parteilose.

Dem folgen von W. Hedeler ausgewählte Texte Lenins und zeitgenössische Aussagen über Lenin. Der Anhang enthält ausgewählte Daten, ein kommentiertes Personenregister über Lenins Werke und dessen Rezeption. Eine inhaltsreiche Schrift, anregend für den Disput.

• K. SCH.

Vom 21. September bis zum 23. Dezember 1933 fand im faschistischen Deutschland der Reichstagsbrandprozess statt. Zuvor war im August auf Initiative des Weltkomitees zum Schutz der Opfer des deutschen Faschismus in Basel das »Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror« (Braunbuch I) herausgegeben worden, das bis Ende September in 16 Sprachen erschien. Zu den Autoren gehörten A. Abusch, W. Koenen und A. Norden.

Schuld und Unschuld

Vom 14. bis 18. September tagte in London der Internationale Untersuchungsausschuss zur Aufklärung des Reichstagsbrandes (Londoner Gegenprozess), der vom Internationalen Hilfskomitee für die Opfer des Hitlerfaschismus im April 1933 gebildet worden war. Ihm gehörten unter dem Vorsitz von D. N. Pritt (britischer Kronanwalt) weitere sieben namhafte Juristen aus Niederlande, Frankreich, Schweden, USA, Dänemark und Belgien an. Der Ausschuss erörterte Gutachten von Sachverständigen, prüfte notariell beglaubigte Dokumente und vernahm eine große Anzahl von Zeugen, darunter R. Breitscheid (SPD), W. Koenen (KPD) und der Schriftsteller E. Toller.

Am 20. September veröffentlichte der Untersuchungsausschuss seinen Bericht, in dem die Unschuld G. Dimitroffs und der anderen Angeklagten, ausgenommen M. van der Lubbe, festgestellt wird. Des weiteren lägen schwere Anhaltspunkte für die Bestätigung des Verdachtes vor, dass der Reichstag von den Nazis in Brand gesetzt worden sei. Das Londoner Urteil, das dem Reichsgericht in Leipzig zugestellt wurde, wurde von den Rundfunkstationen in London, Moskau, New York, Paris u.a. in Sondersendungen übertragen. In zahlreichen Städten der Welt fanden antifaschistische Massenkundgebungen statt, die die sofortige Freilassung der unschuldig Angeklagten und aller eingekerkerten Antifaschisten forderten.

System und Grausamkeit

Als am 21. September 1933 der Prozess begann, waren weltweit die Blicke auf Leipzig und Deutschland gerichtet. Weit über 60 000 Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter u.a. Antifaschisten waren ohne Urteil in »Schutzhaft« genommen und in die sich bereits über ganz Deutschland erstreckenden 45 Konzentrationslager eingeliefert worden. Zuchthäuser und Gefängnisse waren überfüllt. Die tagtäglichen Mordtaten des Hitler-Faschismus zeugten von seiner schrankenlosen Brutalität. Die



Pressefoto am letzten Gerichtstag: Georgi Dimitroff und Marinus van der Lubbe (von rechts). LN-Archiv

Vor 80 Jahren:

Reichstagsbrandprozess

zielgerichtete Mord- und Hetzjagd war möglich, weil die Nazis seit Jahren Listen mit »unliebsamen Personen« geführt hatten. Romain Rolland schrieb darüber: »Die braune Pest hat auf den ersten Anhieb die schwarze übertroffen. Der Nationalsozialismus hat in vier Wochen mehr abscheuliche Grausamkeiten verübt als sein Lehrmeister und Vorbild, der italienische Faschismus, in zehn Jahren.«

Anklage und Presse

Aufschlussreich hinsichtlich der Einflussnahme auf die Bevölkerung ist die Prozess-Berichterstattung der Leipziger Presse, darunter die der »Neuen Leipziger Zeitung«, der die nachstehenden Texte entnommen sind. Während die sozialdemokratische »Leipziger Volkszeitung« und die kommunistische »Sächsische Arbeiterzeitung« bereits seit Anfang März 1933 auf Dauer verboten waren, war die NLZ, die einst die liberale Strömung des Leipziger Bürgertums repräsentiert hatte, »gleichgeschaltet« worden. Dennoch gelang es anfangs ihrer Redaktion, ein gewisses Niveau zu wahren, ein halbwegs korrektes Bild von der Entwicklung in Leipzig zu vermitteln. Doch die Berichterstattung über den Reichstagsbrandprozess ließ auch der LNZ keinen Spielraum.

Die Berichterstattung über die Anklage versuchte zu suggerieren, dass die Hitlerregierung das deutsche Volk vor großem Unheil bewahrt

habe. Dem dienten Aussagen wie, dass man erst jetzt begreife, »wie wenig wir wussten von den Dingen, die um uns geschahen«. Da ist die Rede davon, dass man nichts gewusst habe von dem »vulkanischen Fatalismus, in dem ein van der Lubbe brannte«, von der »Gefährlichkeit, Zielsicherheit, der Bewusstheit und Erbarmungslosigkeit der Dimitroffs, die unter uns weilten, mit uns lebten und doch ausgerüstet waren mit einem Herzen von Dynamit«.

»Diese Dimitroffs waren«, so heißt es, »überall zu Haus... Sie schleuderten das Dynamit der Unruhe und der Unzufriedenheit um sich. Und sie werden es immer wieder tun.« Dimitroff sei »beweglich, klug, mit Augen, die die Schwächen des Feindes blitzschnell sehen, zu Angriff und Parade immer bereit«. Weiter ist zu lesen: »Wir kannten die Gegner nicht, und jetzt sehen wir sie.« Von daher komme »der große Atem des Prozesses«. Solche Menschen wie van der Lubbe »brennen selbst schon, ehe die Gebäude brennen, die sie in Flammen aufgehen lassen wollen«. Der Prozess, der aktenmäßig gegen »van der Lubbe und Genossen« geführt wurde, sei der größte, der je vor dem Reichsgericht geführt worden ist.

Bis zum 1. Juni sind rd. 500 Personen vernommen und etwa 120 als Zeugen in Aussicht genommen worden. Die Anklageschrift umfasste 35 Bände.

Über die stattgefundenen Untersuchungen auf Waffen ist zu lesen: »Man begreift das. Es muss sein.«

Würdige Bürger seien »angenehm erschrocken, wenn man sie nach Waffen untersucht. Sie hören mit leichtem Gruseln, wie nahe ihnen der Brand und die Gefahr waren.« »Aber wenige denken daran, dass der Kampf noch nicht zu Ende ist.« Diesem Prozess wohne kein anderer Sinn inne, »als die Gegner klar zu sehen, die noch nicht überwunden sind«. Das sollte vorrangig beim Adressaten dieser Kommentierung, dem Bürgertum, zu der Meinungsbildung dienen, dass die angeklagten »Dimitroffs« auch seine Feinde sind und der Prozess, der »ein Zweikampf von europäischen Ausmaßes« sei, demzufolge ebenso in seinem Interesse geführt werde.

Urteil und Hinrichtung

Nachdem der Prozess vom 21. September bis 7. Oktober in Leipzig stattgefunden hatte, wurden die Verhandlungen vom 10. Oktober bis 18. November in Berlin im Reichstagsgebäude fortgesetzt. Danach wurden vom 23. November bis 23. Dezember die abschließenden Verhandlungen wiederum in Leipzig geführt. Am letzten Tag verkündete der Vorsitzende des Vierten Strafsenats das Urteil: Freispruch für Torgler, Dimitroff, Popoff und Taneff mangels Beweise, für van der Lubbe die Todesstrafe. Über die von Dr. Büniger vorgebrachte Urteilsbegründung heißt es in der LNZ, dass er die Gefahr verkündet habe, »vor der in jenen Februartagen das deutsche Volk geschützt wurde... Es war ein Kampf ums Ganze. Die Verhaftungen noch in jener Unglücksnacht haben die Aktion des Kommunismus zum Scheitern gebracht... Die Regierung hat Deutschland vom Abgrund zurückgerissen.« Damit sollte die eindeutige Niederlage, die der deutsche Faschismus erlitten hatte, in einen Sieg umgedeutet werden.

Die freigesprochenen Angeklagten wurden zunächst in »Schutzhaft« genommen. Alexander Abusch vermerkte hierzu 40 Jahre später, dass die politische Niederlage der Macht-haber des »Dritten Reiches« so stark war, dass sie es nicht wagen konnten, »den Plan Görings, sich an Dimitroff durch seine physische Vernichtung in einem Konzentrationslager zu rächen, zu verwirklichen«. Sie mussten den zum Sowjetbürger erklärten Bulgaren die Ausreise nach Moskau gestatten. Marinus van der Lubbe jedoch wurde blitzschnell am 10. Januar 1934 in Leipzig hingerichtet. Die Welt ließ sich nicht betrügen! Aber das deutsche Volk?

• Kurt Schneider

Siehe dazu: Leipzig wird braun. Das Jahr 1933 in Zeitungsberichten und Fotografien. Hrsg. von Mark Lehstedt, Leipzig 2008.

Auf der 28. Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York wurden am 18. September 1973 die DDR als 133. und die BRD als 134. Mitglied aufgenommen. Dieses Ereignis bleibt in bundesdeutschen Publikationen oft unerwähnt. Immerhin wurde damit offenkundig: Auf deutschem Boden existierten seit 1949 zwei unabhängige Völkerrechtssubjekte. Die internationale Isolation der DDR war beendet. Ohne diesen Beschluss der UNO wäre der weitere Entspannungsprozess, gipfelnd in der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) am 1. August 1975 in Helsinki, nicht zu haben gewesen.

Jahrzehntlang pochten die herrschenden Kreise der BRD, unterstützt durch die NATO-Bündnispartner, auf den von Adenauers Staatssekretär Haubeck am 23. September 1955 verkündeten Anspruch, alleiniger legitimer deutscher Staat zu sein und das gesamte deutsche Volk international zu repräsentieren. Täglich wurde im bundesdeutschen Fernsehen Deutschland in den Grenzen von 1937 ins Bild gesetzt.

Im Februar 1966 stellte die DDR erstmals den Antrag auf Aufnahme in die UNO, da mit einer historisch längeren Phase des Agierens von zwei deutschen Staaten in der internationalen Arena zu rechnen war.

Die BRD besaß bereits seit 1950, als sie in die Welternährungsorganisation (FAO) aufgenommen wurde, einen mitgliedersähnlichen Status in der UNO. In den Folgejahren erlangte sie die Vollmitgliedschaft in allen

Mehr als Diplomatie

Vor 40 Jahren:
Aufnahme der DDR
und der BRD in die UNO

UN-Spezialorganisationen. Dadurch konnten ihre Vertreter an allen UNO-Vollversammlungen teilnehmen. Insbesondere bis 1969 zielte die Politik der Bundesrepublik im Sinne des Alleinvertretungsanspruchs darauf, die DDR möglichst aus allen UN-Gremien und internationalen Organisationen fernzuhalten. Nicht einmal im Weltpostverein, der Internationalen Fernmeldeunion und der Weltorganisation für Meteorologie war sie geduldet.

Die UNO-Aufnahme beider deutscher Staaten stellte für die DDR ein historisches Ereignis dar. Zuvor hatten die vier Siegermächte in einer Erklärung dazu festgestellt, »dass die Mitgliedschaft die Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Mächte und die bestehenden diesbezüglichen vierseitigen Regelungen, Beschlüsse und Praktiken in keiner Weise berührt«.

Im Zuge der neuen Ostpolitik durch die von Willy Brandt geführte SPD/FDP-Koalition waren 1970 von der BRD in Moskau und Warschau

Verträge zur Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen abgeschlossen worden. Es folgten das Vier-Mächte-Abkommen über Westberlin 1971 und am 21. Dezember 1972 der »Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik«. Dieser Vertrag und weitere Abkommen zwischen beiden deutschen Staaten waren begleitet von westdeutschen Hinweisen auf das Offenhalten der deutschen Frage und einer nicht voll gültigen Anerkennung der DDR durch Bonn. So wurden die gegenseitigen diplomatischen Vertretungen Ständige Vertretungen genannt, obwohl sie nichts anderes als Botschaftsfunktion ausübten.

Die 1982 von CDU/CSU und FDP gebildete Regierung setzte – obwohl zuvor von CDU/CSU scharf attackiert – die Ostpolitik des Vorgängerkabinetts fort. Die Weltpolitik ließ keinen anderen Weg zu. Hauptsorge deutscher Staatsmänner in Ost und West war es, dafür zu sorgen, dass von deutschem Boden kein neuer Krieg ausging. Rege deutsch-deutsche Dialoge fanden statt, sowohl durch Vertreter der regierenden bundesdeutschen Parteien wie auch solchen von SPD und Grünen. Westdeutsche Abgesandte gaben sich förmlich die Klinke in die Hand, um mit der DDR zu verhandeln.

Da drängt sich zwingend die Frage auf: Haben diese vielen Staatsmänner, Politiker und Leiter großer Unternehmen und Verbände mit einem nicht legitimierten Staat, mit einem »Unrechtsstaat« verhandelt?

• **Winfried Steffen**

1 / KALENDERBLATT

Vor 70 Jahren verstorben:

Bernhard Lichtenberg

Nach seinem Theologiestudium in Innsbruck und Breslau empfing Bernhard Lichtenberg, geboren am 5. Dezember 1875 in Ohlau (Oder), in Breslau die Priesterweihe. Danach wirkte er als Kaplan in katholischen Gemeinden in Berlin. 1926 wurde er zum päpstlichen Geheimkämmerer und 1931 zum Domkapitular berufen. 1932 erhielt er den Titel Dompfarrer und versah seit Februar 1938 das Amt des Dompropstes.

Er war Vorstandsmitglied im »Friedensbund deutscher Katholiken« und gehörte der Leitung der »Arbeitsgemeinschaft der Konfessionen für den Frieden« an. Als er im Namen des Friedensbundes Einladungen zum Besuch des Antikriegsfilmes »Im Westen nichts Neues« unterzeichnet hatte, wurde er im Juni 1931 im Goebbels-Blatt »Der Stürmer« übelst beschimpft.

Lichtenberg machte nach der Errichtung der faschistischen Diktatur keinerlei Zugeständnisse an die Nazis. Nach der Pogromnacht im November 1938 schloss er von der Kanzel der St.-Hedwigs-Kathedrale aus täglich die verfolgten Juden und die Häftlinge in den Konzentrationslagern in sein Gebet ein. Er half jüdischen Bürgern mit Geld und Kleidung, unterstützte sie durch die von ihm geleitete Hilfsstelle. Im August 1941 protestierte er in einem Brief an den Reichsärztführer gegen den Mord an Geisteskranken.

Am 23. Oktober 1941 wurde Lichtenberg von der Gestapo verhaftet und im Mai 1942 vor Gericht gestellt. Seine Verurteilung zu zwei Jahren Gefängnis erfolgte mit der Einweisung in das Gefängnis Berlin-Tegel. Der schwer herzkrankte Priester verlangte, als Seelsorger in das Ghetto Lodz geschickt zu werden. Doch die Gestapo verfügte seine Einweisung in das KZ Dachau. Auf dem Weg dorthin verstarb Lichtenberg am 5. November 1943 im Stadtkrankenhaus in Hof. Tausende kamen zu seiner Beisetzung auf dem St.-Hedwigs-Friedhof. Sein Grab befindet sich in einer Kapelle der Unterkirche der Krypta der St.-Hedwigs-Kirche.

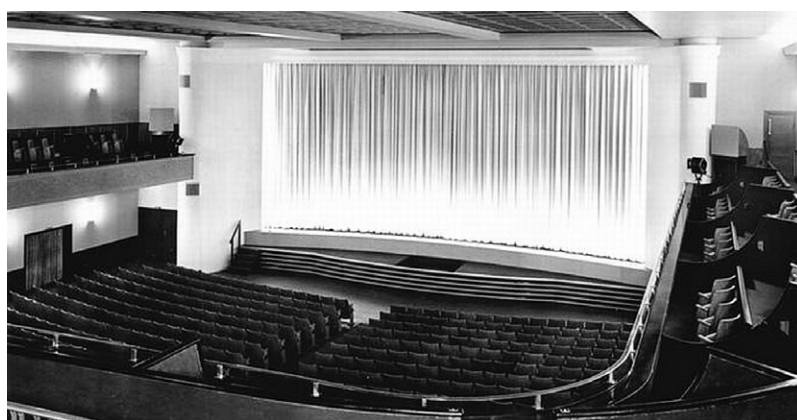
1985 wurde in Berlin-Reinickendorf der Bernhard-Lichtenberg-Platz eingeweiht und in der Seidel-/Ecke Bernauer Straße ein Findling mit einer Messingtafel mit den Lebensdaten des Namengebers aufgestellt, ergänzt durch die Worte: »Stellvertretend für alle Widerstandskämpfer gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft«. Papst Johannes Paul II. nahm 1996 anlässlich seines Berlin-Besuches eine Seligsprechung Bernhard Lichtenbergs vor.

• **K. Sch.**

Leipzig auf den zweiten Blick (5)



Die einstige denkmalgeschützte Vorverkaufskasse der »Filmbühne Capitol« im Jahr 2013
Foto: Paul



Am 30. Aug. 1929 eingeweiht, war es eines der größten Filmtheater Deutschlands mit ca. 1300 Plätzen. Da unzerstört, konnten nach dem Zweiten Weltkrieg hier die ersten Gewandhauskonzerte stattfinden. Abb. 1967 / LN-Archiv

Stadtzentren verändern sich. Kulturstätten ebenfalls. Der einstige renommierte UFA-Premierenpalast, später – zu DDR-Zeiten – international bekannt durch das Leipziger Dokumentarfilm-Festival, ist seit Jahren

nicht mehr existent. Winzige Reste, die nur der erkennt, der den Petershof in seinem ursprünglichen Zustand in Erinnerung hat, sind dank Auflagen der Denkmalpflege noch erhalten, verweisen auf die einstige

großzügige Eleganz des alten Bau-Stils, die nunmehr in weiten Teilen zum üblichen Shopping-Center verkommen ist, mit inzwischen mehrmaligen Namens- und Sortimentswechseln.

• **jomi**

»Ich sehe die Aufbruchstimmung«



Patrik Köbele wurde auf dem 20. Parteitag der DKP im März 2013 zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Im August besuchte er Dresden und Leipzig und nahm sich Zeit für Fragen von »Leipzigs Neue«.

Die DKP hat im März dieses Jahres ihren 20. Parteitag durchgeführt. Wo sehen Sie die Partei heute?

Ich denke, wir haben uns in der letzten Zeit insofern konsolidiert, dass wir uns über unsere Grundlagen einig geworden und in die Analyse der kapitalistischen Krise tiefer eingestiegen sind. Damit haben wir eine Grundlage, um Handeln zu entwickeln. Durch den Parteitag zog sich, dass es unsere Aufgabe ist, innerhalb der Arbeiterbewegung stärker zu wirken, dass sie offensiv ihre Interessen formuliert und vertritt.

Das ist national und international eine wichtige Aufgabe. Wir müssen es beenden, dass Deutschland als Niedriglohnland eine doppelte Ausblutung

der Peripherieländer der EU bewerkstelligen kann.

Der Wirkung des Parteitags macht sich vor Ort deutlich. Ich habe den Eindruck, dass die Partei in vielen Orten froh ist, dass Schritte der Klärung unserer Meinungsunterschiede gegangen worden sind. Die Genossen wissen wieder klarer, warum es uns gibt und warum wir auf die Straße müssen. Diese Aufbruchstimmung sehe ich schon.

Was können die Mitglieder, die Sympathisanten, aber auch die Gegner von Ihnen als Parteivorsitzendem erwarten?

Ich stehe für eine kommunistische Partei, die sich in die Kämpfe unserer Zeit einbringt. Dem Gegner, dem deutschen Imperialismus, wünsche ich eine stärker werdende

kommunistische Partei. Denn das ist die entscheidende Waffe gegen ihn. Und die hat er verdient.

Sie besuchen in diesen Tagen Ortsgruppen in Dresden und Leipzig, also im tiefsten Osten. Welche Eindrücke bleiben?

Ich muss sagen, ich war überrascht über die Teilnehmerzahl. Wir waren in Dresden über 60 und in Leipzig über 20 Teilnehmer. Ich würde mich, ehrlich gesagt, freuen, wenn in jeder Stadt, in die ich komme, die Räume so gut gefüllt wären.

Es gibt hier interessante Organisationen der DKP, gute Kontakte zu anderen linken Gruppen und eine spannende Diskussion unter anderem mit Kräften in der Linkspartei über die Notwendigkeit einer kommunistischen Partei. Ich

habe sogar den Eindruck, dass man im Osten damit weiter ist als im Westen.

Aber die DKP ist traditionell eher eine westdeutsche Partei?

Ja, das müssen wir ändern. Eine kommunistische Partei kann keine Regionalpartei sein. Wir müssen den Anspruch haben und verwirklichen, dass wir die kommunistische Partei im gesamten Deutschland sind.

Wir haben damit auch die Chance, die Traditionen von 40 Jahren konsequenten Kampfes gegen den deutschen Imperialismus im Westen mit 40 Jahren Aufbau eines sozialistischen Landes zusammenzuführen.

Das ist ein gigantischer Erfahrungsschatz, auch wenn er leider damit zusammen hängt, dass hier der Sozialismus zerschlagen wurde.

Zur Bundestagswahl treten 34 Parteien, davon 30 mit Landesliste an. In der Hansestadt ist eine Auswahl unter 13 Parteien möglich. Mit dabei CDU, SPD, Grüne, FDP, DIE LINKE, Piraten, NPD, die Rentner-Partei, ÖDP, die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, die Alternative für Deutschland die Freien Wähler. Da hat man die Qual der Wahl.

In der Kabine wird in Hamburg auch entschieden, ob von Vattenfall das Stromnetz zu 100 Prozent durch die Stadt zurückgekauft wird. Der Erste Bürgermeister Scholz hat sich, klar vereint mit CDU und FDP, dagegen ausgesprochen. Und das Springer-Sprachrohr »Hamburger Abendblatt«, dem die Abonnenten weglauften, trommelt mit gegen den Rückkauf. Nun hat die Bundesnetzagentur dem Stromanbieter und Netzbetreiber Vattenfall den Fehdehandschuh hingeworfen. Anlass ist eine »Mini-Zeitung«, die jüngst als Beilage der Gazetten »Hamburger Abendblatt« und »BILD« unter dem Aufmacher »Gut vernetzt für Hamburg« an Leser gebracht wurde. Dick und fett prangt auf der ersten Seite »Abendblatt«, und winzig in der Ecke steht »www.vattenfall.de«. Die Botschaft der Schweden wirbt für die Partnerschaft mit Hamburg und warnt vor vermeintlichen Gefahren eines Netzzurückkaufes. Auch der Ökosto-

Hamburger Korrespondenz

Wie SPRINGER Vattenfall und dem SPIEGEL hilft

manbieter Lichtblick ärgert sich. Gero Lücking dazu: »Die Vermischung der verschiedenen Interessen ist aus unserer Sicht unzulässig. Hier wird ja für das Netz, aber auch die Vertriebsprodukte in gleichem Umfang geworden. Und das ist nicht in Ordnung.« SPD-Bürgermeister Olaf Scholz sieht in der 25,1 Prozent Beteiligung am Stromnetz einen Vorteil. Nur, das finden Leute mit kleiner Geldbörse überhaupt nicht. Wie zu Zeiten der Hamburger Elektrizitätswerke soll die Hansestadt wieder die Mehrheit haben, die 2002 von CDU, FDP und der Schill-Partei (Ja, so eine gab es auch mal!) verkauft wurde.

Beim Spiegel-Verlag dreht sich das Personalkarussell. Nach Preiserhöhung ohne Ankündigung im August bekommt das Wochenmagazin –

scharfe Zungen verspotteten es schon lange als »BILD-AM-MONTAG« – mit dem dpa-Mann Wolfgang Büchner einen neuen Chefredakteur. Komplett wird Spitze mit dem BILD-Mann Nikolaus Blome der im Dezember antantzt. Er übernimmt die Hauptstadtreaktion von »DER SPIEGEL« und »spiegel online« in Berlin.

Am Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« ist seit 2004 die Mitarbeiter KG mit 50,5 Prozent beteiligt, der Hamburger Zeitschriftenverlag Gruner+Jahr mit 25,5 Prozent und die Erben des Verlagsgründers Rudolf Augstein mit 24 Prozent. Der Verleger und Chefredakteur der Wochenzeitung »der Freitag«, Jakob Augstein, vertritt die Erben. Hat er die Personalie vorgeschlagen? Im

TV-Sender »Phoenix« liefert sich Augstein seit Jahren mit Blome einen zehnmütigen Schlagabtausch, über politische Ereignisse der Woche.

Blome studierte Volkswirtschaft, kam vor 20 Jahren als Wirtschaftsredakteur zum »Tagesspiegel«, bevor er als Korrespondent für Regionalzeitungen aus Brüssel die EU-Politik analysierte. Nach seinem Wechsel zur Axel Cäsar Springer AG war er dort zunächst bei der »Welt« führend tätig und ist seit August 2006 Leiter des BILD-Hauptstadtbüros. Im Mai 2011 wurde er stellvertretender Chefredakteur von BILD sowie Leiter des Wirtschaftsressorts. Blome wurde für seine journalistischen Arbeiten ausgezeichnet, darunter mit dem Theodor-Wolff-Preis

Es ist das erste Mal, das vom Springer-Verlag ein Journalist beim Spiegel in die Chefredaktion einsteigt. Ist damit ein politischer Wandel des Magazins in Sicht, wie vor Jahren bei der Schweizer Weltwoche? Das Blatt wurde Meinungsblatt der Rechten, unter anderem von der Schweizer Volkspartei (SVP), die auf den Franken-Milliardär Christoph Blocher ausgerichtet ist.

Die Antwort ist nicht leicht und sorgt für Spekulationen in diversen Medienmagazinen und -sendungen.

• **Karl-H. Walloch**

Am 14. Oktober dieses Jahres wäre er 100 Jahre alt geworden – Dr. Heinz Schöbel, der Verleger, Autor und Sportfunktionär, der bis zu seinem Tode am 26. April 1980 dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) angehörte.

Geboren wurde der Sohn eines Metallarbeiters in Leipzig. Zum Sport kam er über den Fußball im Arbeiter-Turn- und Sportbund. Sein maßgebliches Wirken auf diesem Gebiet begann nach dem Zweiten Weltkrieg. Nach der Volksschule erlernte Heinz Schöbel den Beruf eines Buchhändlers. Bei der F. Volckmar KG arbeitete er zunächst als Gehilfe, ab 1938 war er Abteilungsleiter beim Paul-List-Verlag in der Messestadt. Nach dem Krieg übernahm er 1945 die Verlagsleitung und gründete 1949 den Fachbuchverlag Leipzig, der 1968 zum Verlag für Grundstoffindustrie umbenannt wurde. Bis 1978 war er der Verlagschef.

Unvergessen: 1950 gehörte Heinz Schöbel zu den Gründungsmitgliedern der BSG Rotation Leipzig. Damals vollzogen sich im Sport des neugegründeten Landes Veränderungen. Alle Vereine wurden in Betriebssportgemeinschaften umgewandelt und verschiedenen Betrieben zugeordnet. Rotation ging aus der ehemaligen SV Thekla hervor und erhielt seinen Namen aus der Polygrafie, denn Leipziger Verlage und Druckereibetriebe waren fortan Trägerbetriebe des Sportvereins.

Der Mannschaftsleiter der 1. Fußball-Männermannschaft hieß Schöbel. Im Jahre 1953 übernahm er die Leitung der Sektion Fußball des Deutschen Sportausschusses. Daraus entstand 1958 der Fußballverband der DDR.

Was die wenigsten wissen ist, dass die Existenz des Sportgeländes der heutigen DFB-Fußballschule Egidius Braun auch auf das Mitwirken des Leipzigers zurückzuführen ist. Die damaligen Mitglieder der BSG Rotation Leipzig 1950 bauten sich von 1958 bis 1966 in Abt-



Beim Empfang der Olympiamannschaft 1968

Vom Verlagschef zum Sportchef Dr. Heinz Schöbel



Gründungsversammlung der BSG Rotation 1950

naundorf eine Sportanlage und taufte diese »Sportpark Nordost«. Später musste er dann Entscheidungen mittragen, die gegen die Interessen des Vereins Rotation gerichtet waren. Der Sportpark Nordost einschließlich Gebäude und Gaststätte stach nicht nur einigen des Deutschen Turn- und Sportbundes in Berlin und der SED-Bezirksleitung Leipzig ins Auge. Die Anlage war nach deren Meinung für den Leistungssport sehr gut geeignet. War zuerst zwischen Dr. Heinz Schöbel und dem Fußballverband vereinbart worden, dass die Anlage von der Fußball-Nationalmannschaft mit genutzt wird, so informierte man später seitens des DTSB – die SED-Bezirksleitung Leipzig agierte im Hintergrund – die BSG-Leitung von Rotation darüber, dass aus dem Sportpark Nordost eine Sportschule wird und der Verein ausziehen muss. Die damalige Leitung des Vereins beugte sich, und zog nach langem Hin und Her ins »Stadion des Friedens«.

Schöbel war zu dieser Zeit längst Präsident des NOK der DDR. Dieses Amt übernahm er 1955 und übte es bis 1973 aus. 1957 wurde er Mitglied des Präsidiums des Deutschen Turn- und Sportbundes der DDR (DTSB). 1966, mit der Anerkennung der DDR durch das Internationale Olympische Komitee, dann Mitglied des IOC.

Sein Wirken in der nationalen und internationalen olympischen Bewegung war maßgeblich auf die Anerkennung der DDR und deren Teilnahme mit einer eigenen Mannschaft an Olympischen Spielen gerichtet. Dass eine selbstständige DDR-Mannschaft im Jahr 1968 an den Olympischen Spielen in Mexiko und unter eigener Flagge an den Spielen 1972 in München teilnehmen konnte, war sein Verdienst.

• Lars Brunner

Die Fotos stammen aus dem Archiv des Autors

Anzeige

BRIEFKASTEN

Traum-Besuch

Neulich hatte ich einen Traum: Barack Obama besuchte Russland, nicht Putin, sondern den Geheimdienstenthüller Snowden. Diesem überreichte der USA-Präsident feierlich seinen vor einiger Zeit erhaltenen Friedensnobelpreis. Der Chef des Weißen Hauses ist wahrlich ein Gutmensch, dachte ich. Dann bin ich aufgewacht.

Günther Röska

**Wir gratulieren aufs Herzlichste
unserem verehrten akademischen Lehrer**

Prof. Dr. Werner Berthold

zum 90. Geburtstag.

Seine Verdienste um die marxistische Geschichtsschreibung sind unbestritten.

**Wir wünschen Dir, lieber Werner, alles Gute,
vor allem stabile Gesundheit und weitere Schaffenskraft.**

Klaus Kinner, Giesela und Manfred Neuhaus
sowie sein langjähriger Freund und Kollege Kurt Schneider.

Buchhandlung Rijap

Neu bei uns:

Thomas Wieczorek:
Die Volksverblöder

Wie Politiker uns belügen und betrügen.
Knaur, 9,99 EUR

Günther Sarge:
Im Dienste des Rechts

Der oberste Richter der DDR erinnert sich.
edition ost, 17,99 EUR

Frank Stauss:
Höllennritt Wahlkampf

Ein Insider-Bericht.
dtv, 12,90 EUR

**Wir beschaffen jedes lieferbare Buch
in Leipzig ab 20 Euro frei Haus.
In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto.**

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
Tel./ Fax: 0341 - 5 90 60 74
www.buchhandlung-rijap.de



In Leipzig finden Sie uns in der
Filiale Eutritzscher Zentrum
04129 Wittenberger Str. 83
**Filiale Büchermarkt
Mockau Center**
04357 Mockauer Str. 123
Filiale Wallmann
04155 Georg-Schumann-Str. 52



Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:
LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort
evtl. Telefon

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kundennummer
Name, Vorname
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort

- Probe-Abo (3,00 Euro für ein Vierteljahr)
- Normal-Abo (10,80 Euro im Halbjahr)
- Studierenden-Abo (10,80 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Internet-Abo (15,00 Euro im Jahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis zusätzlich 5,00 Euro.

- Ich bitte um Rechnung
 - Ich bezahle durch Bankeinzug
- Geldinstitut
BLZ
Kontonummer
Kontoinhaber
Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.
2. Unterschrift des Auftraggebers

Die Zeitung erscheint monatlich und wird **bundesweit** über die Post/e-mail zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor Bezugsende** in der Redaktion kündigt.

In memoriam Johanna Ludwig

*26.1.1937 †02.8.2013

Die langjährige Vorsitzende der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e.V. Leipzig hat zwei Jahrzehnte ideenreich und gewissenhaft Leben und Werk der Frauenpolitikerin erforscht, andere ermutigt und für die Rechte der Frauen sensibilisiert. Johanna Ludwig leistete damit einen Beitrag zur Wiederaneignung des Erbes der deutschen Frauenbewegung in Leipzig.

Die Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e.V. wird ihre Arbeit in diesem Sinne fortsetzen.

Schillerhaus

Leipzig, Menckestr. 42

15.9., 15 Uhr, 3. Serenade im Garten des Schillerhauses mit dem Orchester Holzhausen.
Eintritt: 6/4 Euro.
22.9., 11 Uhr, Ein Sonntagmorgen bei Oma Schneider. Komödie mit Schülern des Friedrich-Schiller-Gymnasiums.
Eintritt: 6/4 Euro

Völkerschlachtdenkmal

Str. des 18. Oktober 100

8.9., 11 Uhr, Konzert, Männerchor Leipzig-Nord
15.9., 11 Uhr, Konzert, Chorgemeinschaft Gutenberg
21.9., 15 Uhr, Clear or Cloudy - Spätsommerliches und Frühherbstliches. Konzert mit dem Chor des Völkerschlachtdenkmal.

Stadtgeschichtliches Museum

Leipzig, Markt 1

Neubau, Böttchergäßchen

Bis 5. 1. 2014, Helden nach Maß – 200 Jahre Völkerschlacht

17.9., 17 Uhr, Führung: Helden von Beruf oder aus Leidenschaft – Gestalten der Befreiungskriege

Altes Rathaus

Veranstaltungen

8.9. 14 Uhr, Lächerliche Plaudereien mit Marktfrau Marlene. Kabarettistische Museumsführung in sächsischer Mundart.
Eintritt 8,50 Euro.

29.9., 16 Uhr, FIGARO Café: 200 Jahre Völkerschlacht – Über den schwierigen Umgang mit einem grausamen Gemetzel. Mit Sabine Ebert, Bénédicte Savoy und Dr. Volker Rodekamp

Bundesweiter Mindestlohn – können wir uns das leisten?

Die Arbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft sowie DIE LINKE Leipzig laden zu Vortrag und Diskussion mit Direktkandidaten zur Bundestagswahl:

Barbara Höll,
Mike Nagler,

Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Montag, 9. September, 18 Uhr
Volkshaus Leipzig, Karl-Liebknecht-Str. 32, 5. OG.



Naturkunde-Museum

Leipzig, Lortzingstr. 3

Sonderveranstaltungen

8.9., 11-14 Uhr, 100 Jahre Naturkundemuseum Leipzig – Ein Museumsdenkmal und seine Geschichte. Führungen mit Direktor Dr. Schlatter
18.9., Bienenfest. 9-13 Uhr, für Schul- und Hortgruppen,

13.30-17.30 Uhr - Einzelbesucher: Führung zu lebenden Bienen, alles über Bienenhaltung. Mehrere Imker sind anwesend.
22.9., 11 Uhr, Heimische Schmetterlinge in der Dauerausstellung
27.9., 19 Uhr, Die archäologische Grabung »Hainstipe« in Leipzig – Neues aus Leipzigs alter Mitte.

Vom Systemadministrator
zum Whistleblower.

Jetzt!
Dein
Onlineabo
zählt

www.jungewelt.de/onlineabo

JETZT AKTIV WERDEN UND UMFARTEILEN!

Fehlende Kita-Plätze, geschlossene Bibliotheken, mangelhafter Nahverkehr – wer die Verhältnisse verbessern will, muss Zusammenhänge klar erkennen. Das »nd«, die überregionale linke Tageszeitung aus Berlin, berichtet mit erfrischender Klarheit und nimmt Stellung zu brisanten Themen und zur Zukunft unseres Landes. Erleben Sie interessante Debatten, kluge Reportagen und eine Themenpalette gegen den Meinungsmainstream.

Jetzt 14 Tage kostenlos und unverbindlich testen!

E-MAIL aboservice@nd-online.de
WWW neues-deutschland.de/abo
TELEFON (030) 29 78 18 00

neues deutschland

Genossin Irmgard Leitert
feiert am 11. September
ihren 89. Geburtstag

und am
29. September begeht
Genossin
Monika Linke
ihren 75. Geburtstag

Beiden Jubilarinnen
herzliche
Glückwünsche!
Die Mitglieder der
Basisgruppe Löbnitz
der Partei DIE LINKE

**Bürgerverein
Messemagisträle**
Leipzig, Str. des 18. Oktober 10a

**19.9., 15 Uhr, Erzählcafé für
Senioren: Von der Schiefer-
tafel zum Computer.**

**26.9., 15 Uhr, Herbstliches
Café: Lesung mit Hans-Georg
Türk Der Sommer war sehr
groß (Rilke).**
Eintritt: 1,50 Euro

**27.9., 16 Uhr, Interkulturel-
les Familienfest mit den Be-
wohnern der Gemeinschafts-
unterkunft für Asylbewerber
in der Riebeckstraße sowie
allen interessierten Gästen.**

ISOR e. V.

Beratungen für Rentner und
angehende Rentner, die Mitar-
beiter der bewaffneten Organe
und der Zollverwaltung der
DDR waren, sowie für dieje-
nigen, die nach der Neufas-
sung des § 6, Abs. 2 AAÜG
neu vom Rentenstrafrecht
bedroht sind.

Sprechstunden:
jeden vierten Mittwoch,
16 bis 17 Uhr,
im Stadtteilzentrum Messe-
magisträle, Str. des 18. Okto-
ber 10a.

Rosa Luxemburg

Tel.: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

Dresden, 11. September, Mittwoch, 19 Uhr
Lesung zum 200. Geburtstag von Georg Büchner:
Der Hessische Landbote. Mit Jochen Kretzschmer, Dresden
WIR-AG, Martin-Luther-Str. 21

Leipzig, 12. September, Donnerstag, 20 Uhr ***
GlobaLE: **Der Kapitän und sein Pirat**
Uni-Bibliothek, Veranstaltungssaal, Beethovenstr. 6

Dresden, 18. September, Mittwoch, 15 Uhr
REIHE Gespräche in der Bibliothek: **Beiträge der Biblio-
thek zur politischen Bildung.** Mit Dr. Wilfried Trompelt
Bibliothek der RLS Sachsen/Dresden, Martin-Luther-Str. 21

Leipzig, 19. September, Donnerstag, 20 Uhr ***
GlobaLE: **Staatsgeheimnis Bankenrettung**
Cinematheque in der Nato, Karl-Liebknecht-Str. 46

Leipzig, 23. September, Montag, 18 Uhr
Buchvorstellung und Diskussion: **Verbrannte Erde. Stalins
Herrschaft der Gewalt.** Mit Prof. Dr. Jörg Baberowski
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

Chemnitz, 23. September, Montag, 18.30 Uhr
Lesung und Gespräch: **You a vivir – Ich werde leben. Eine
Pablo-Neruda-Lesung.** Mit Mike Melzer, Chemnitz
Rothaus, Lohstr. 2

Leipzig, 24. September, 18 Uhr
Vortrag und Diskussion: **Arabisch-muslimisch-jüdischer
Kulturtransfer auf der iberischen Halbinsel zwischen dem
8. und 14. Jahrhundert: Brücke zwischen Altertum und
Neuzeit.** Mit Prof. Dr. Wolfgang Geier, Leipzig/Klagenfurt
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Dresden, 25. September, Mittwoch, 19 Uhr
Vortrag und Diskussion: **Der tägliche Rassismus in (weißen)
deutschen Redaktionen – Barack Obama in den Medien.**
Mit Madeleine Rau, Leipzig
WIR-AG, Martin-Luther-Str. 21

Leipzig, 26. September, Donnerstag, 18.30 Uhr
REIHE Rosa L. in Grünau: **Faschismus gestern, heute – und
morgen?** Mit Volkmar Wölk, Grimma
Klub Gshelka, An der Kotsche 52

Leipzig, 26. September, Donnerstag, 20 Uhr ***
GlobaLE: **Wir können auch anders.**
Cinematheque in der Nato, Karl-Liebknecht-Str. 46

Leipzig, 27. September, 18 Uhr
REIHE Literaturtee bei Rosa L.: **Wie das Leben so spielt.**
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Chemnitz, 1. Oktober, Dienstag, 19.30 Uhr
Vortrag und Diskussion: **»Baustelle Revolution«. Lucio
Urtubia, Frankreich, stellt seine Autobiografie vor.**
Lesecafé »Odradek«, Leipziger Str. 3

Dresden, 2. Oktober, Mittwoch, 19 Uhr
Vortrag und Diskussion: **Geschäft mit dem Hunger?** Mit
Benjamin Luig, Miserior
WIR-AG, Martin-Luther-Str. 21

Leipzig, 3. Oktober, Donnerstag, 20 Uhr ***
GlobaLE: **Goldrausch – Die Geschichte der Treuhand.**
Schaubühne Lindenfels, Karl-Heine-Str. 50

*** in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung:
Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.
Die Veranstaltungen sind öffentlich

**LEIPZIGS
NEUE**

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel.: 0341 / 21 32 345
Fax: 03212 / 11 80 370
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Bankverbindung: Sparkasse Leipzig
BLZ 860 555 92 - Konto 1 150 114 840

Sprechzeiten: Mo 10 bis 12 Uhr / Di 13 bis 15 Uhr

Redaktion:
Kurt Schneider, Roman Stelzig, Helmut Ulrich,
Michael Zock (V.i.S.P.)

**Vertrieb, Abonnement, Abrechnung,
Anzeigen, Werbung:**
Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.

Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG Neubrandenburg
Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der
Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesand-
te Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss
dieser Ausgabe: 2. September 2013
Die nächste Ausgabe erscheint am 12. Oktober 2013

 **quer gedacht**
von Eva Lenn

Signal auf Halt!

In einem hochzivilisierten und -technisierten Land fallen massenhaft Züge aus, rasen Züge durch Bahnhöfe, in denen sie gemäß Fahrplan eigentlich halten sollten, frieren Fahrgäste im Winter und fallen in Ohnmacht im Sommer, weil die Klimaanlage »wegen zu großer Hitze« ausfallen, lacht sich die Republik kaputt über das nicht enden wollende S-Bahn-Chaos in Berlin und versucht schließlich der Bahnchef Rüdiger Grube, Fachleute aus dem Urlaub zurückzuholen, damit der Mainzer Bahnhof seine Züge abfertigen kann.

Was ist hier los? Haben alle geschlafen, geschlampt, keinen Urlaubsplan gemacht? Das wäre schon schlimm genug, doch die Ursachen liegen tiefer. Der ehemalige »Bahnchef« Mehndorn, der heute den gegen den Baum gefahrenen Großflughafen von Berlin

großspurig zum »Schmuckstück« machen will, hatte vor Jahren das Schlangenei gelegt, aus dem jetzt die giftigen Reptilien kriechen: Die Bahn sollte privatisiert und »für die Börse reif« gemacht werden durch »Verschlankung«, sprich Entlassung Tausender Fachkräfte. Denn nur so könne die Bahn »sich rechnen«.

Heute fehlen bundesweit u. a. 1000 Fahrdienstleiter und 800 Lokomotivführer. Und der Bahnvorstand wundert sich darüber und schlägt hektisch dilettantische Maßnahmen zur Abhilfe vor, wie u. a. Abgänger der Bundeswehr und Arbeitslose in 90 Tagen zu Fahrdienstleitern ausbilden zu wollen. Eigentlich hätten sich diese Manager das Ergebnis der »Verschlankung« ausrechnen können, wäre da nicht eine Schranke in ihren Hirnen, die da heißt: »Profitmaximierung um jeden Preis« – auch um den Preis der Sicherheit, Mobilität und Gesundheit der Fahrgäste!

Sichtprüfung bestanden?

**Nicht länger warten!
Zwei-Klassen-Medizin abschaffen.**

DIE LINKE.

www.100-Prozent-sozial.de

**Statt Flaschen sammeln:
1050 Euro Mindestrente!**

DIE LINKE.

www.100-Prozent-sozial.de

Fast jeder kommt jetzt häufig an Laternenmast-Plakaten vorbei und macht sich seinen Vers auf das Getextete. Unser Autor Michael Oertel fragt auf Seite neun bei Wahlmotiven: UND DU? In der neuesten Ausgabe des MAGAZINS tut das Grafiker Erik Spiekermann ebenfalls bei allen Parteien. Bei der Linkspartei sinniert er u.a.: »Sie hat das beste Logo. Das Fähnchen als i-Punkt ist lächerlich. (...) Sie zitieren gute alte Arbeiterpropaganda, als man noch große Plakate machte. Wie bei der BILD-Zeitung: groß, schmal, laufende Überschriften, banal aber eindeutig.« Mehr Bewertung in »DAS MAGAZIN«, September-Ausgabe

REDUZIERTER GRÜNE LUST

Vor den Wahlen gelingt es den Grünen immer wieder, eine auffällige Angel auszuwerfen. Diesmal ist es der Veggie-Tag. Kantinen sollen einen Tag in der Woche fleischlos kochen. Die Lust am Fleisch soll eingedämmt werden. Sechs Tage Fleisch, ein Tag vegetarisch.

Die Spitzenkandidatin der Grünen, Katrin Göring-Eckardt, seit 2009 auch Präses der Syn-

ode der Evangelischen Kirche, müsste als Kennerin der lutherischen Szene doch eigentlich wissen, dass schon Martin Luther zweimal in der Woche Fleischelust für angemessen hielt.

Zwei Tage Lust am Fleisch, dann aber fünf Tage ohne. So weit wollten die Veggie-Fans aber wohl nicht gehen, vor der Wahl.

H.W.

Seit einigen Jahren gibt es in vielen afrikanischen Ländern vermehrt Übergriffe auf Schwule und Lesben. Medien haben zur Hetze gegen sexuelle Minderheiten beigetragen, und Politiker versuchen restriktive Gesetze weiter zu verschärfen.

Amnesty Journal 8/9-2013

Leipzig hat sein Einwohner-Minus durch den bundesweiten Zensus wieder wettgemacht. Nach neuesten Zahlen hat die Stadt 531 566 Einwohner. Bei der letzten Volkszählung, waren es 502 979.

LVZ am 23. August

Mit 66 Kilometern Länge und drei Linien ist die Kiewer Metro für die Millionenstadt nicht gerade üppig ausgestattet. Punkten kann sie jedoch mit der tiefsten Metrostation der Welt: »Arsenalna« befindet sich 105 Meter unter der Erde.

DAS MAGAZIN 9-2013

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht haben Hennen in der Mast nur Nachteile – und das beim Biobauern genauso wie bei konventionellem Betrieb: Sie lassen sich nicht so schnell mästen wie Hähnchen.

tv 14 Nr.18-2013

 **FUNDSACHEN**

Verschiedene Institutionen legen fest, dass Mitarbeiter während des Urlaubs nicht und, in der Regel, nach Feierabend in Ausnahmefällen auf E-Mails und Handy-Anrufe reagieren müssen. Die Selbstausbeutung habe Grenzen.

DLF am 30. August.

Scurrile Kombinationen aus Name und Beruf ergeben sich ab und an

in Deutschland. So arbeitet Alois Fingerlos als Schreinermeister, Dr. Alfred Wüstemann als Frauenarzt und Rainer Unglaub verdient sein Geld als Pfarrer.

ND am 31. August

Wer die Vorkommnisse um das Flüchtlingsheim in Berlin-Hellersdorf nur als Streit zwischen Linken und Rechten abtut, macht es sich zu leicht. Es geht auch um das geltende Asylrecht. Es geht um das Verhalten von Behörden, die die Integration von Flüchtlingen verhindern.

WZ »der freitag« 35/2013

Schachspielen lernte ich mit sechs Jahren von meiner dänischen Großmutter, mit 13 habe ich sie dann das erste Mal geschlagen.

P. Steinbrück in »phönix« am 1.9.

Gelesen, gehört, gesehen und notiert von Siegfried Kahl

 **WEISHEITEN**
von Reinhard Lochner

Die Wege der Geschichte beginnen auf einer Kreuzung im Dunkeln, wo sich Verlässlichkeit und Vergesslichkeit begegnen.

Die Historiker werden es einmal schwer haben, den Unterschied zwischen organisiertem Verbrechen und organisierter Politik überzeugend zu bestimmen.

